



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2012
- Entwurf -
Budget 2
Jugend und Soziales**

Budgetbuch Fachbereich 2 Jugend und Soziales

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1 - 4
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3. Produktplan	15
4. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Fachbereich 2 – Jugend und Soziales	16 - 17
5. Teilbudget Jugend	
5.1 Planungsreport Jugend	19 - 26
5.2 <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Jugend	28
5.3 <i>Produktgruppe 200 Betreuung von Kindern</i>	
5.3.1 Produkt 100 Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege	30 - 32
5.3.2 Produkt 200 Kinder in der Offenen Ganztagschule	34 - 35
5.4 <i>Produktgruppe 210 Förderung von jungen Menschen und ihren Familien</i>	
5.4.1 Produkt 100 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz	36 - 38
5.4.2 Produkt 200 Förderung freier Träger der Jugendarbeit	40 - 41
5.5 <i>Produktgruppe 220 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien</i>	
5.5.1 Produkt 100 Hilfen zur Erziehung	42 - 44
5.5.2 Produkt 200 Vormundschaften und Beistandschaften	46 - 47
5.5.3 Produkt 300 Unterhaltsvorschuss	48 - 49
5.5.4 Produkt 400 Schulsozialarbeit	50 - 51

6.	Teilbudget Soziales	
6.1	Planungsreport Soziales	53 - 56
6.2	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Soziales	57
6.3	<i>Produktgruppe 230 Lebensunterhalt</i>	
6.3.1	Produkt 100 Hilfe zum Lebensunterhalt	58 - 59
6.3.2	Produkt 200 Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	60 - 61
6.3.3	Produkt 300 Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)	62 - 64
6.4	<i>Produktgruppe 240 Wohnen</i>	
6.4.1	Produkt 100 Wohngeld	66 - 67
6.4.2	Produkt 200 Unterbringung in Notunterkünften	68 - 70
6.5	<i>Produktgruppe 250 Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten</i>	
6.5.1	Produkt 100 Betreuungsstelle	72 - 73
6.5.2	Produkt 200 Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf	74 - 75
6.5.3	Produkt 300 Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege	76 - 77
6.5.4	Produkt 400 Ausländerangelegenheiten	78 - 79

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2010 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2010 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2010 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Entwurf
Haushaltssatzung der Stadt Detmold
für das Haushaltsjahr 2 0 1 2

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.05.2011 (GV. NRW 2011, S. 270, 271) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2012, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	178.913.456 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	184.738.926 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	171.346.821 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	173.768.685 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	30.860.927 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	38.300.961 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2012 erforderlich ist, wird auf

13.000.000 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

13.481.500 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2012 wird auf

5.825.470 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2012 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 440 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer:
auf | 422 v.H. |

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem **Jahresabschluss**, der Umsetzung des **NKF** sowie finanzneutrale Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen, die bei Strukturänderungen der Verwaltung und im Bereich der Personalwirtschaft erforderlich werden. Unerheblich sind ebenso alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die aus **finanzstatistischen Gründen** für die finanzneutrale Änderung von Sachkonten erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 15.09.2011

aufgestellt:



Benkmann
(Kämmerer)

Detmold, 15.09.2011

bestätigt:



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.420.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006	7019006	Honorare Projekte
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

<i>Ertrags-/ Aufwandskonto</i>	<i>Einzahlungs-/ Auszahlungskonto</i>	<i>Bezeichnung</i>
5012009	7012009	<i>Dienstaufwendungen / -auszahlungen</i>
5019009	7019009	<i>Honorare Projekte</i>
5022009	7022009	<i>VBL - Beiträge</i>
5032109	7032109	<i>Sozialversicherung</i>
5032209	7032209	<i>Berufsgenossenschaftsbeiträge</i>
5391034	7391034	<i>Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen</i>
5422008	7422008	<i>Raummieten</i>
5431127	7431127	<i>Lehr- und Unterrichtsmittel</i>

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 3, 7 und 8. Hier gilt Folgendes:

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen“, „Transport von Kranken“ und „Transport von Notfallpatienten“ gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 7 sind alle Aufträge und Auftragskonten eines Produktes / einer Leistung gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Haus- und Grundstücksservice“; „Kanal- und Gewässerbau“, „Abwasserbeseitigung“, alle Hochbaumaßnahmen im Bereich der Schulen (mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte) und Sportstätten sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **nicht** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen / FAIR

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend und Soziales

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4141019 / 6141019 Zuweisung des Landes – Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich -</i>	<i>5318061 / 7318061 Weitergabe von Landeszuschüssen -Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich- 5331002 / 7331002 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich</i>
<i>4148001 / 6148001 Spenden</i>	<i>5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden</i>
<i>4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen</i>	<i>5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse</i>

Produkt 006.200.200: Kinder in der Offenen Ganztagschule

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4141005 / 6141005 Zuweisung des Landes Projekt - zuverlässige Grundschule -</i>	<i>5318040 / 7318040 Aufwendungen Projekt - zuverlässige Grundschule -</i>

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4148001 / 6148001 Spenden</i>	<i>5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden</i>

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern</i>	<i>5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -</i>
<i>4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme</i>	<i>5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme</i>
<i>4148001 / 6148001 Spenden</i>	<i>5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden</i>

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen</i>	<i>5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln</i>
<i>4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außer- halb von Einrichtungen</i>	<i>5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen</i>

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt</i>	<i>5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX</i>

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche</i>	<i>5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen</i>

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land</i>	<i>5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern</i>

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -</i>	<i>5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine</i>

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4148001 / 6148001 Spenden</i>	<i>5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden</i>

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle</i>	<i>5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe</i>

Fachbereich 4: Schule Bildung und Sport

Produkt 004.410.100: Stadtbücherei

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4148001 / 6148001 Spenden</i>	<i>5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden</i>

Produkt 004.420.100: Volkshochschule

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.430.100: Musikausbildung

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fach- pläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB</i>	<i>5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB</i>

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten</i>	<i>5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen</i>

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten</i>	<i>5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen</i>
<i>4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baum- schutzsatzung</i>	<i>5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen</i>

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus und Marketing

Produkt 004.800.100: Kultur

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<p>4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-</p> <p>4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-</p> <p>4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unternehmen – Straßentheaterfestival –</p> <p>4321215 / 6321215 Standgelder - Straßentheaterfestival</p> <p>4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor</p> <p>4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor</p>	<p>5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-</p> <p>5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen Indoor</p> <p>5499035 / 7499035 Detmolder Sommer</p>

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<p>4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse</p>	<p>5431300 / 7431300 Drucksachen</p> <p>5499044 / 7499044 Werbung</p>
<p>4148001 / 6148001 Spenden</p>	<p>5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden</p>
<p>4148008 / 6148008 Patenschaften</p>	<p>5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften</p>
<p>4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-</p>	<p>5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -</p>

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

<i>Mehrerträge / Mehreinzahlungen</i>	<i>Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen</i>
<i>4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund</i>	
<i>4141000 / 6141000 Zuweisungen Land</i>	<i>5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften</i>
<i>4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europ. Kommission</i>	
<i>4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter</i>	

Produktplan Fachbereich 02 Jugend und Soziales

Produktgruppe		Produkt	
200	Betreuung von Kindern	100	Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege
		200	Kinder in der Offenen Ganztagschule
210	Förderung von jungen Menschen und ihren Familien	100	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz
		200	Förderung freier Träger der Jugendarbeit
220	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	100	Hilfen zur Erziehung
		200	Vormundschaften und Beistandschaften
		300	Unterhaltsvorschuss
		400	Schulsozialarbeit
230	Lebensunterhalt	100	Hilfe zum Lebensunterhalt
		200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
		300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)
240	Wohnen	100	Wohngeld
		200	Unterbringung in Notunterkünften
250	Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten	100	Betreuungsstelle
		200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf
		300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege
		400	Ausländerangelegenheiten

Ziele

1. Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.
2. Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.886.751,21	8.885.133	11.059.390	11.041.690	11.016.890	10.991.890
+ Sonstige Transfererträge	3.532.693,98	2.978.341	1.937.900	2.079.100	1.456.300	1.456.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.823.405,80	2.780.385	2.502.541	2.502.541	2.502.541	2.502.541
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.989,41	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	647.226,48	587.304	605.088	605.088	605.088	605.088
+ Sonstige ordentliche Erträge	2.930,00	200	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	14.895.996,88	15.232.363	16.106.019	16.229.519	15.581.919	15.556.919
- Personalaufwendungen	5.669.683,89	6.376.279	6.716.633	6.750.942	6.805.968	6.873.272
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	403.778,97	334.670	201.110	198.610	198.610	198.610
- Bilanzielle Abschreibungen	68.458,22	52.065	56.016	53.663	53.573	53.663
- Transferaufwendungen	32.532.966,46	33.728.439	34.864.905	35.197.135	34.540.263	34.569.863
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	196.827,93	212.926	268.708	248.708	248.708	243.608
= Ordentliche Aufwendungen	38.871.715,47	40.704.379	42.107.372	42.449.058	41.847.122	41.939.016
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-23.975.718,59	-25.472.016	-26.001.353	-26.219.539	-26.265.203	-26.382.097
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65.000,00	0	0	0	0	0
= Ordentliches Jahresergebnis	-24.040.718,59	-25.472.016	-26.001.353	-26.219.539	-26.265.203	-26.382.097
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.395.415,68	1.503.203	1.566.555	1.519.375	1.535.393	1.549.180
= Ergebnis	-25.436.134,27	-26.975.219	-27.567.908	-27.738.914	-27.800.596	-27.931.277

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.940.131,51	8.903.487	11.077.390	0	11.059.690	11.034.890	10.984.890
+ Sonstige Transfereinzahlungen	4.033.829,66	2.968.341	1.926.900	0	2.068.100	1.455.300	1.455.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.746.653,07	2.780.385	2.502.541	0	2.502.541	2.502.541	2.502.541
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	2.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	629.185,79	587.304	605.088	0	605.088	605.088	605.088
+ Sonstige Einzahlungen	80,00	200	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.350.480,03	15.241.717	16.113.019	0	16.236.519	15.598.919	15.548.919
- Personalauszahlungen	5.404.524,28	6.081.546	6.399.126	0	6.453.962	6.506.018	6.570.321
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	352.584,68	330.770	197.210	0	194.710	194.710	194.710
- Transferauszahlungen	33.232.014,40	34.494.572	36.161.538	0	36.305.378	35.593.538	35.468.538
- Sonstige Auszahlungen	197.990,43	514.333	277.708	0	257.708	256.708	243.608
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	39.187.113,79	41.421.221	43.035.582	0	43.211.758	42.550.974	42.477.177
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-23.836.633,76	-26.179.504	-26.922.563	0	-26.975.239	-26.952.055	-26.928.258
= Saldo des Teilfinanzplanes	-23.836.633,76	-26.179.504	-26.922.563	0	-26.975.239	-26.952.055	-26.928.258
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	4.000,00	0	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	2.850,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.850,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	14.293,79	82.300	34.300	0	35.300	35.300	35.300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	14.293,79	82.300	34.300	0	35.300	35.300	35.300
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.443,79	-82.300	-34.300	0	-35.300	-35.300	-35.300
= Saldo des Teilfinanzplanes	-23.844.077,55	-26.261.804	-26.956.863	0	-27.010.539	-26.987.355	-26.963.558

Planungsreport 2012

Fachbereich 2 Teilbudget Jugend

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Aufgaben des Jugendamtes der Stadt Detmold sind im Wesentlichen Pflichtaufgaben.

Die Planungen für das Jahr 2012 sehen vor, dass im Teilbudget Jugend im Fachbereich 2, Jugend und Soziales, 123 Mitarbeiter/innen der insgesamt 150 Mitarbeiter/innen beschäftigt sind. 66 Mitarbeiter/innen des Jugendamtes arbeiten in Teilzeit, das sind rd. 54 %.

Die Leistungspalette des Bereiches Jugend ist in drei Produktgruppen mit insgesamt acht Produkten gegliedert. Die einzelnen Produkte sind z. T. in Leistungen unterteilt; die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Wesentliche Änderungen zu 2011 sind nicht erfolgt; einzelne, ergänzende Änderungen bei den Kennzahlen bzw. dem Leistungsumfang sind in den Produkten dargestellt.

Die Stadt Detmold verfolgt das Ziel, die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien durch eine lebensweltorientierte und innovative Jugendhilfe positiv zu gestalten.

Insbesondere an die strategischen Handlungsfelder Familien und Bildung knüpft die Arbeit des Bereiches Jugend an. Darüber hinaus sind die Aktivitäten des Bereiches Jugend auch noch im besonderen Maße auf das Handlungsfeld Integration hin ausgerichtet.

Daraus abgeleitet ist das Fachbereichsziel definiert:

Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.

Junge Menschen und Familien haben bei Bedarf Anspruch auf die geeignete, im konkreten Fall individuell richtige Hilfe. Dieses ergibt sich auch aus der Verpflichtung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Die Kompetenzen der Familien sind zu stärken und zu entwickeln.

Das Jugendamt, bestehend aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss, ist verpflichtet, Unterstützung mit hoher Fachlichkeit zu leisten.

Die Gesetzgeber auf Bundes- wie auf Landesebene haben in den letzten Jahren die rechtlichen Grundlagen in Teilbereichen der Jugendhilfe erheblich verändert. Dieses beeinflusst die Arbeit vor Ort und stellt sie vor neue Herausforderungen. Angesichts der fortdauernden Diskussion sowohl im Bereich der Bundes- wie auch der Landespolitik kann davon ausgegangen werden, dass dieser Prozess weiter anhält.

Am 01. Januar 2009 ist das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in Kraft getreten. Es bildet die bundesrechtliche Grundlage für den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Bis zum 01.08.2013 soll schrittweise ein Betreuungsangebot für ca. 35 % der unter 3-jährigen Kinder ausgebaut werden. 30 % der neuen Plätze sollen im Bereich der Tagespflege geschaffen werden. Ab dem Kindergartenjahr 2013/14 soll der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr eingeführt werden.

Schon ab dem 01. Oktober 2010 sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 24a Abs. 3 SGB VIII verpflichtet, ein Betreuungsangebot vorzuhalten, insbesondere für Erziehungsberechtigte, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen bzw. diese aufnehmen wollen, sich in einer Ausbildung bzw. Eingliederung in Arbeit im Sinne des SGB II befinden.

Der Bund beteiligt sich im Zeitraum 2008 bis 2013 an den Ausbaurkosten im Bereich der U3-Plätze, seit 2011 auch das Land mit einem Sonderprogramm. Die vorgesehene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der durch den Ausbau entstehenden zusätzlichen Betriebskosten ist bisher noch nicht erfolgt.

Für die Folgejahre bleibt abzuwarten, wie sich angesichts der Finanzsituation von Bund und Land, der U3- Ausbau weiter gestaltet bzw. gesteuert wird. Entscheidungen des Landes im letzten und in diesem Jahr haben zu Irritationen und Planungsunsicherheiten geführt.

Für die weitere Umsetzung des U3-Ausbaus ist für die Akteure vor Ort eine verlässliche und kalkulierbare Planung der Finanzmittel unabdingbar.

Seit 01.08.2011 ist die erste Stufe der KiBiz-Revision in Kraft und vor Ort relativ kurzfristig umzusetzen. Sie beinhaltet insbesondere:

- Bessere Personalausstattung (es werden zusätzliche Mittel im Bereich der U3 für die Einstellung von Ergänzungskräften zur Verfügung gestellt; Detmolder Einrichtungen können über ca. 667.000 Euro zusätzlich verfügen)
- Das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung wird beitragsfrei (das bedeutet für die Stadt Detmold ca. 420.000 Euro weniger an Einnahmen aus Elternbeiträgen; der Ausgleich hierfür ist noch nicht abschließend gesetzlich geregelt; Abschlagszahlungen erfolgen auf der Grundlage einer Verordnung)
- Um einen Anreiz zu geben, zusätzliche Berufspraktikant/innen einzustellen, zahlt das Land einen Zuschuss von 8.500 Euro pro Stelle (Detmold erhält 5 Stellen aus diesem Programm)
- Stärkung der Elternbeteiligung

Soweit zum Zeitpunkt der Budgetaufstellung die aus der ersten Stufe der KiBiz-Revision resultierenden Finanzdaten bekannt waren, sind sie in den Entwurf eingearbeitet worden.

In der jetzt folgenden zweiten Stufe der KiBiz-Revision sollen u. a. folgende Aspekte überprüft werden:

- das gesamte Finanzierungssystem
- die Angebotsstruktur
- die Betreuungsschlüssel
- die zusätzliche Sprachförderung

In dem Bericht zur Situation der Kindertagesbetreuung in Detmold für das Kindergartenjahr 2011/2012, Planung für das Kindergartenjahr 2012/2013 und planerische Eckdaten für den Zeitraum bis Ende 2013 (DS. Nr. FB 2/278/2011) sind die Planungsgrundlagen dargestellt, die in diesem Budgetentwurf ihren monetären Niederschlag finden.

Im Kindergartenjahr 2011/2012 sind 61 Plätze für unter 3-jährige Kinder neu eingerichtet worden, vor allem durch die Schaffung von neuen Gruppen des Typs 2. Damit können in Detmold insgesamt 518 Plätze für diese Altersgruppe angeboten werden. Unter Einbeziehung der 80 Plätze Kindertagespflege wird eine Versorgungsquote von 28,3% erzielt.

Da aus heutiger Sicht die 35% Versorgungsquote mit etwa 715 Plätzen erreicht werden soll, müssen für den Planungszeitraum noch ca. 117 Plätze in Tageseinrichtungen und Tagespflege neu geschaffen werden.

Die Umwandlung von Plätzen für 3-6 Jährige ist u. a. auch aufgrund der veränderten Nachfrage für diese Plätze begrenzt. Der weitere Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren wird insbesondere durch die Einrichtung neuer Gruppen des Typs 2 und in der Kindertagespflege erfolgen. Das Angebot von Tagespflegeplätzen soll von jetzt 80 auf 122 erhöht und damit eine Versorgungsquote von 6% erreicht werden. Die vom Bund angestrebte höhere Quote (11,6%) erscheint aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte nicht den Wünschen der Eltern zu entsprechen. Für die Kindertagespflege in Detmold wird zzt. ein Konzept erarbeitet, das insbesondere die Qualitätsstandards in diesem Bereich definieren soll.

An erster Stelle muss bei diesem Umstrukturierungs- und Ausbauprozess bis 2013 jedoch die Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Tagesbetreuungsplatz für Kinder im Alter von 3 Jahren

bis zum Beginn der Schulpflicht stehen.

Die Anzahl der Kinder über 3 Jahren bis zum Eintritt in die Schule ist zwar rückläufig, die Wartelisten in einigen Sozialräumen weisen jedoch aus, dass der Bedarf für diese Altersgruppe zunimmt. Immer mehr Eltern möchten für ihre Kinder spätestens im Alter von 3 Jahren einen Kita-Platz. Die bisherige Versorgungsquote ist nicht mehr ausreichend. Zum Kindergartenjahr 2011/2012 wurden durch verschiedene Maßnahmen 46 Betreuungsplätze zusätzlich angeboten; die Versorgungsquote beträgt nunmehr 94,2% und bei Konstanz von 2.114 Plätzen und leicht rückläufiger Kinderzahl im Kita-Jahr 2012/2013 97,4%.

Die inhaltlichen, fachlichen Schwerpunkte der Arbeit im Bereich Tagesbetreuung von Kindern sind insbesondere die Themen

- gemeinsame Erziehung und Inklusion; in den letzten Jahren ist die Anzahl der Kinder, die einer integrativen Betreuung bedürfen, auch in Detmold stetig angestiegen und es ist davon auszugehen, dass der Bedarf kontinuierlich zunimmt
- Sprachförderung; ein Fortbildungskonzept für ganzheitliche Sprachförderung wurde bereits erarbeitet und eine entsprechende Qualifizierung den Trägern der Tageseinrichtungen angeboten. Weitere Durchgänge sind geplant; ebenso für Fachkräfte in der OGS. Detmolder Leitlinien für ganzheitliche Sprachförderung in Tageseinrichtungen sind von einer Arbeitsgruppe entwickelt worden und sollen im 2. Halbjahr 2011 mit den Einrichtungen und dem politischen Fachgremium kommuniziert werden, um dann in 2012 Verbindlichkeit zu erlangen.
- Flexibilisierung der Öffnungszeiten; hier sind neue Konzepte erforderlich, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Eltern, Kindern, Betrieben und Fachkräften in den Einrichtungen Rechnung tragen. Es muss eine gute Balance zwischen den Ansprüchen der Eltern und Arbeitgeber auf Flexibilität, der für Kinder erforderlichen Kontinuität und der von den Kitas erwarteten Qualität gewährleistet sein.
- Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule; modellhaft sollten hier von den Akteuren Qualitätsstandards entwickelt werden, um in Wahrnehmung einer gemeinsamen Verantwortung für die beständige Förderung des Kindes und seinen Übergang in die Grundschule zusammenzuarbeiten (§ 14, Abs. 1 Kinderbildungsgesetz).

Diese Themen sind beteiligungsorientiert zu bearbeiten und sollen die Qualität der Tagesbetreuung in Detmold weiter sichern und ausbauen.

Im Bereich der Schulkinderbetreuung in der Primarstufe stehen zum Schuljahr 2011/2012 weitere 75 Plätze (2 Gruppen in der Weerthschule und 1 Gruppe an der Regenbogenschule Diestelbruch) und damit insgesamt 1.174 im offenen Ganztags zur Verfügung. Die Versorgungsquote beträgt – unter Einbeziehung der 2 Hortgruppen der Villa am Hügel – 39,1%. Der Vertrag mit der Villa am Hügel gilt bis zum 31.07.2012. Hier ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung bei einer weiteren vertraglichen Gestaltung des Angebotes angezeigt.

Immer mehr Grundschulen in Detmold bieten teilgebundene Ganztagschulen an und haben gemeinsam hierfür Qualitätsstandards erarbeitet. Kernelement ist dabei die Rhythmisierung des Tagesablaufs, bei der Phasen des aufgabenbezogenen Lernens und Phasen des erforschenden Lernens systematisch miteinander verbunden werden, was den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern nach Abwechslung von Tätigkeit und Entspannung entspricht.

Die OGS in Detmold weist einen im kommunalen Vergleich überdurchschnittlichen guten Ausbaustand auf und wird von den Grundschulen weiterentwickelt. Im Rahmen der zurzeit stattfindenden Evaluation der OGS soll anhand von Qualitätsleitfragen die Alltagsarbeit der OGS reflektiert werden. Hierzu erfolgt u. a. eine Befragung der Akteure in der OGS. Die Ergebnisse werden in den politischen Gremien beraten und sollten Grundlage für einen gemeinsamen Diskurs aller Beteiligten über die zukünftige Weiterentwicklung der OGS in Detmold sein.

Die finanziellen Auswirkungen der oben beschriebenen Planungen und Beschlüsse sind im Budgetentwurf 2012 deutlich ablesbar. Einer erhöhten Landeszuweisung stehen höhere Betriebskosten für Tageseinrichtungen sowie höhere Aufwendungen für die Tagespflege und damit eine höhere Beteiligung des Jugendamtes an der Finanzierung der Kinderbetreuung gegenüber. Der U3-Ausbau verstetigt sich auf niedrigerem Niveau, auch dieses spiegeln die Finanzen wider. Im Bereich der städtischen Tageseinrichtungen wirkt sich der U3-Ausbau sowie das veränderte Buchungsverhalten, aber auch der erhöhte Bedarf an integrativer Erziehung und Sprachförderung auf die Personalaufwendungen aus. Obwohl die Finanzlage auch in Detmold angespannt ist, wurde sowohl am Ausbau der Kinderbetreuung als auch an den in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen des Rates, mit denen weitere familien-, sozial- und bildungspolitische Akzente für die Menschen in Detmold gesetzt wurden, festgehalten. Ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot und familienfreundliche Strukturen haben hohe kommunalpolitische Priorität in Detmold.

Hilfen zur Erziehung und die Umsetzung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung sind ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Jugendamtes. Gesetzliche Neuerungen in diesem Bereich, deren Umsetzung und die Arbeit auf der neuen gesetzlichen Grundlage, stellen eine große Herausforderung für die Mitarbeiter/innen dieses Arbeitsbereiches dar. Am 01.01.2012 soll das zurzeit noch in der parlamentarischen Beratung befindliche Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) in Kraft treten. Der Schwerpunkt des Gesetzes wird auf der Stärkung des aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen durch Frühe Hilfen und die Schaffung verlässlicher Kooperationsnetzwerke liegen.

Die wichtigsten Punkte des Gesetzes sind:

- Ausschluss einschlägig Vorbestrafter von Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe.
- Alle hauptamtlichen Mitarbeiter/innen in der öffentlichen und freien Jugendhilfe müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Für Ehrenamtliche wird mit den Trägern vereinbart, bei welchen Tätigkeiten dies nötig ist.
- Verhinderung des „Jugendamts-Hopping“. Künftig soll sichergestellt werden, dass bei Umzug der Familie das neu zuständige Jugendamt alle notwendigen Informationen vom bisher zuständigen Jugendamt bekommt, um das Kind wirksam zu schützen.
- Klarheit für Berufsgeheimnisträger bei der Informationsweitergabe ans Jugendamt.
- Regelung zum Hausbesuch.
- Stärkung des Einsatzes von Familienhebammen.
- Einführung von leicht zugänglichen und flächendeckenden Hilfsangeboten für Familien vor und nach der Geburt sowie in den ersten Lebensjahren.

Anzumerken ist, dass die Kommunen – so auch Detmold – in den vergangenen Jahren personell wie auch finanziell enorme Anstrengungen unternommen und durch konkrete Maßnahmen den Schutz von Kindern und Jugendlichen weiter verbessert haben.

Das präventive Netzwerk in Detmold wurde in 2011 mit unterschiedlichen Kooperationspartnern weiterentwickelt und soll auch in 2012 weiter ausgebaut werden. Ein besonderer Fokus liegt hier auf der Vermittlung von lebens- und alltagspraktischen Kompetenzen für junge Familien und junge Alleinerziehende. Die Planungen im Bereich der stationären und teilstationären Hilfen liegen im Rahmen der Werte von 2011. Für stationär untergebrachte Jugendliche in ausgewählten Fällen wird zzt. ein Konzept für eine Verselbstständigung entwickelt.

Die ambulanten Hilfen zeigen eine steigende Tendenz.

Bei der Leistung Vollzeitpflege ist ein weiterer Anstieg zu verzeichnen, dadurch wird der Anteil der Vollzeitpflege an den stationären Hilfefällen erhöht. Nach den erfolgten Stellenbesetzungen ist die inhaltliche Arbeit hinsichtlich der konzeptionellen Erarbeitung von Qualitätsstandards etc. in Angriff genommen worden. In diesem Zusammenhang werden die Empfehlungen des GPA-Berichtes zu diesem Bereich aufgenommen.

Der Bereich der Vormundschaften ist neu organisiert. Das heißt, es gibt ein Sachgebiet, in dem alle Vormundschaften geführt werden. Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes ist verabschiedet und in Teilbereichen schon jetzt, in weiteren Mitte nächsten Jahres in Kraft. Dieses Gesetz hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsweise in diesem Bereich.

Die Personalkapazitäten in den oben genannten Bereichen der Familiensozialarbeit und auch der Vormundschaften konnten – orientiert am GPA-Bericht – aufgestockt werden (Personalkonzept Jugendamt).

Die Optimierung im EDV-Bereich durch den Einsatz eines Verfahrens, welches alle Arbeitsbereiche der Jugendhilfe in einer Lösung auf der Basis gemeinsamer Stammdaten integriert und eine automatisierte Auswertung durch Verknüpfung von Leistungs- und Finanzdaten ermöglicht, ist mit einem Auswahlverfahren eingeleitet worden. Nach der Entscheidungsfindung soll die Implementierung des Systems in 2012 erfolgen.

In den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz gilt es, den Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2010 bis 2014 weiter umzusetzen.

Das Projekt Jungenarbeit ist durch politischen Beschluss verstetigt worden. Hier sind weitere Impulse für die Arbeit gemeinsam mit den Trägern der offenen Jugendarbeit zu entwickeln.

Die Verträge mit der Drogenberatung und der Mobilen Jugendarbeit der Villa am Hügel enden am 31.12.2011. Hinsichtlich der Fortsetzung dieser erfolgreichen, vernetzten Arbeit werden die Ergebnisse der Vertragsverhandlungen den politischen Gremien im 2. Halbjahr 2011 zur Beschlussfassung vorgelegt. Im Budgetentwurf sind für 2012 und Folgejahre die bisherigen Aufwendungen abgebildet. Sie werden jedoch nicht mehr auskömmlich sein für einen weiteren Planungszeitraum von 5 Jahren. Entsprechende Anpassungen der Beträge sind nach Beschlussfassung in der Änderungsliste vorzunehmen.

Weitere Leistungen des Jugendamtes sind u. a. in nachstehenden Kooperationsprojekten gebündelt:

- Polizei – u. a. sozialer Trainingskurs, Konzept Mehrfachtäter
- Mobile Jugendarbeit – Betreuung der örtlichen Jugendarbeit; Betreuung der einzelnen Jugendgruppen in verschiedenen Ortsteilen sowie der situationsbezogenen und kurzfristig anzutreffenden Jugendgruppen
- Ortsteile – Unterstützung der Arbeit der Sozialraumarbeitsgemeinschaften

Wie bereits in den Planungsreporten der Vorjahre ausgeführt, gilt auch zukünftig, dass der erreichte fachliche Standard der Detmolder Jugendhilfe auch in Zeiten knapper Ressourcen erhalten und ausgebaut wird.

Neben der Arbeit vor Ort müssen jedoch auch die aktuellen Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren im Land und im Bund im Blick sein. Die Auswirkungen neuer Gesetzgebung auf das Dienstleistungsangebot und die Arbeit des Jugendamtes sind zu analysieren und in der Aufgabenstellung sowie bei der Qualifizierung der Mitarbeiter/innen zu berücksichtigen.

II. Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2010 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2010 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2010 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen

und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2010 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsbereinigungen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen 10.974.390 Euro

Differenz zu 2011: + 2.157.257 Euro

Hier ist der größte Teil der Zuweisungen des Landes subsumiert (Kindertageseinrichtungen und -tagespflege, Offene Ganztagschule, Sprachförderung, Jugendzentren). Die Steigerung gegenüber 2011 ergibt sich aus dem Ausgleich des Landes zum letzten freien Kindergartenjahr und mehr Zuweisungen zu Tageseinrichtungen für Kinder und Offene Ganztagschule.

Sonstige Transfererträge 1.770.100 Euro

Differenz zu 2011: - 1.082.621 Euro

Einnahmen Unterhaltsvorschuss, Erstattungen zu Hilfen zur Erziehung, Zuweisungen Land zu Investitionen; die Senkung liegt u.a. in den Zuweisungen des Konjunkturpaktes II und des Landes für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. (In 2010 fand ein besonders hoher Ausbau der U3-Plätze statt, der sich aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen auf niedrigerem Niveau verstetigt.) Die Landeszuweisungen und der Investitionsaufwand reduzieren sich entsprechend.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 2.286.000 Euro

Differenz zu 2011: - 284.000 Euro

Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen und Offene Ganztagschulen; aufgrund des letzten freien Kindergartenjahres reduziert sich der Planansatz für 2012.

Privatrechtliche Leistungsentgelte 1.000 Euro

Differenz zu 2011: 0 Euro

Vermietungen städtische Einrichtungen

Kostenerstattungen und Kostenumlagen 599.488 Euro

Differenz zu 2011: + 20.184 Euro

Erstattungen Land für Unterhaltsvorschuss, Einnahmen durch Veranstaltungen und Ferienspiele der Jugendzentren, Jugendschutzprojekte, Elternanteil zur Beförderung und Verpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen; die Einschätzungen in 2011 ergeben einen höheren Planansatz für 2012; vor allem durch Kostenerstattungen des Landes zu Unterhaltsvorschuss.

Ordentliche Erträge insgesamt 15.630.978 Euro

Differenz zu 2011: + 810.820 Euro

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen 5.260.285 Euro

Differenz zu 2011: + 300.198 Euro

Die Kalkulation der Personalaufwendungen ab 2012 orientiert sich an einheitlich festgelegten Eckpunkten (siehe Vorbericht zum Haushaltsplan 2012). Die Steigerung der Personalaufwendungen gegenüber 2011 beinhaltet neben zentraler Vorgaben auch die Einrichtung zusätzlicher Stellen in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder aufgrund des 1. KiBiz-Änderungsgesetzes und mehr Fachkräfte insbesondere für integrative Erziehung und im Rahmen der Bundesinitiative „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“. Im Vergleich Plan 2012 zum vorläufigen Rechnungsergebnis 2010 erhöht sich der Personalaufwand zusätzlich überwiegend durch die Umsetzung des Personalkonzeptes Jugendamt sowie Personalaufstockungen in den Tageseinrichtungen (v.a. U3-Ausbau).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 105.060 Euro

Differenz zu 2011: - 86.575 Euro

Die Reduzierung ist überwiegend auf den Wegfall der Förderung des Mittagessens in Tageseinrichtungen für Kinder zurückzuführen. Diese Förderung erfolgt jetzt über das Bildungs- und Teilhabepaket.

Bilanzielle Abschreibungen 44.317 Euro

Differenz zu 2011: + 3.647 Euro

Werteverzehr für Inventar und Geräte vor allem in den Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendzentren

Transferaufwendungen 33.822.411 Euro

Differenz zu 2011: + 865.108 Euro

Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen, Aufwand Hilfen zur Erziehung, Zuschüsse zu Offenen Ganztagschulen, Betreuung außerhalb Tageseinrichtungen, Unterhaltsvorschuss, finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger, Investitionszuschüsse Jugendeinrichtungen und zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren; die Aufwendungen im Rahmen der Betriebskostenzuschüsse und Zuschüsse zu Offene Ganztagschulen steigen. (Wie unter sonstige Transfererträge erläutert, verstetigt sich der Ausbau der U3-Plätze auf niedrigerem Niveau).

Sonstige ordentliche Aufwendungen 188.500 Euro

Differenz zu 2011: + 19.699 Euro

Jugendförderplan, Sachausgaben städtische Einrichtungen (z.B. Veranstaltungen, Spielsachen, Gebrauchs- und Verbrauchsmaterial, Versicherungen); die Steigerung ergibt sich aus EDV-Schulungskosten.

Ordentliche Aufwendungen insgesamt 39.420.573 Euro

Differenz zu 2011: + 1.102.077 Euro

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen 1.231.368 Euro

Differenz zu 2011: + 119.916 Euro

Für einige Interne Leistungsbeziehungen haben sich die Umlagearten geändert. Für das Budget Jugend wirkt sich das negativ auswirkt.

Ergebnis - 25.020.963 Euro

Differenz zu 2011: + 411.173 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Personalauszahlungen 5.054.601 Euro

Die Auszahlungen sind um 205.684 Euro geringer als die Aufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) und Altersteilzeit nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 102.710 Euro

Die Auszahlungen sind insgesamt um 2.350 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.

Transferauszahlungen 34.940.669 Euro

Die Auszahlungen sind insgesamt um 1.118.258 Euro höher als die Aufwendungen im Teilergebnisplan. Die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen und die Bezahlung der Rechnungen, die das Vorjahr betreffen und erst in 2012 eingehen, sind in die Transferauszahlungen 2012 eingeplant.

Sonstige Auszahlungen 197.500 Euro

Die Abwicklung der Anschaffungen über Spenden laufen unterjährig über Abgrenzungsposten, so dass im Teilergebnisplan kein Ansatz für Aufwendungen eingeplant wird.

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen in Höhe von 1.231.368 Euro und die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 44.317 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder, den Jugendzentren und dem Verwaltungsbereich sind in 2012 Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 23.350 Euro geplant.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.799.517,33	8.817.133	10.974.390	10.956.690	10.931.890	10.906.890
+ Sonstige Transfererträge	3.387.009,15	2.852.721	1.770.100	1.911.300	1.288.500	1.288.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.607.379,94	2.570.000	2.286.000	2.286.000	2.286.000	2.286.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.989,41	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	635.737,91	579.304	599.488	599.488	599.488	599.488
= Ordentliche Erträge	14.432.633,74	14.820.158	15.630.978	15.754.478	15.106.878	15.081.878
- Personalaufwendungen	4.290.375,03	4.960.087	5.260.285	5.279.662	5.320.347	5.372.902
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	226.315,66	191.635	105.060	105.060	105.060	105.060
- Bilanzielle Abschreibungen	42.868,97	40.670	44.317	41.964	41.874	41.964
- Transferaufwendungen	31.626.285,77	32.957.303	33.822.411	34.085.834	33.373.994	33.373.994
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	152.202,41	168.801	188.500	168.500	168.500	163.400
= Ordentliche Aufwendungen	36.338.047,84	38.318.496	39.420.573	39.681.020	39.009.775	39.057.320
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.905.414,10	-23.498.338	-23.789.595	-23.926.542	-23.902.897	-23.975.442
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.038.367,28	1.111.452	1.231.368	1.183.239	1.196.068	1.207.294
= Ergebnis	-22.943.781,38	-24.609.790	-25.020.963	-25.109.781	-25.098.965	-25.182.736

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.854.077,87	8.810.487	10.967.390	0	10.949.690	10.924.890	10.899.890
+ Sonstige Transfereinzahlungen	3.889.910,44	2.842.721	1.759.100	0	1.900.300	1.287.500	1.287.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.534.139,85	2.570.000	2.286.000	0	2.286.000	2.286.000	2.286.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	2.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	626.045,84	579.304	599.488	0	599.488	599.488	599.488
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.904.774,00	14.804.512	15.612.978	0	15.736.478	15.098.878	15.073.878
- Personalauszahlungen	4.171.053,98	4.757.889	5.054.601	0	5.095.627	5.134.471	5.185.165
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	231.395,32	189.135	102.710	0	102.710	102.710	102.710
- Transferauszahlungen	32.226.277,64	33.545.561	34.940.669	0	35.084.509	34.372.669	34.272.669
- Sonstige Auszahlungen	151.998,70	185.208	197.500	0	177.500	176.500	163.400
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	36.780.725,64	38.677.793	40.295.480	0	40.460.346	39.786.350	39.723.944
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.875.951,64	-23.873.281	-24.682.502	0	-24.723.868	-24.687.472	-24.650.066
= Saldo des Teilfinanzplanes	-21.875.951,64	-23.873.281	-24.682.502	0	-24.723.868	-24.687.472	-24.650.066
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	4.000,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.000,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	13.324,27	71.500	23.350	0	24.350	24.350	24.350
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	13.324,27	71.500	23.350	0	24.350	24.350	24.350
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-9.324,27	-71.500	-23.350	0	-24.350	-24.350	-24.350
= Saldo des Teilfinanzplanes	21.885.275,91	-23.944.781	-24.705.852	0	-24.748.218	-24.711.822	-24.674.416

Kurzbeschreibung

Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern in städtischen Tageseinrichtungen, Förderung der Tagespflege und der Betreuungseinrichtungen freier Träger; Beratung von Personensorgeberechtigten und Tagespflegepersonen; Gewährung der Betriebskostenzuschüsse an Tageseinrichtungen für Kinder

Ziele

- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch bedürfnisorientierte Sicherung von Betreuungsplätzen
- Förderung der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder in einer Gruppe unter Berücksichtigung individueller Faktoren zur Persönlichkeitsentwicklung
- Vermittlung von sozialer und emotionaler Kompetenz
- Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und den Eltern
- Gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder

Auftragsgrundlage

KJHG, KiBiz, DVO-KiBiz, Vereinbarung über die Eignungsvoraussetzungen der in Tageseinrichtungen für Kinder tätigen Kräfte in NRW, Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der gemeinsamen Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder vom 19.12.2008, Kindergartenbedarfsplan, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung der Spielgruppen ab 2006, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege ab 2009

Zielgruppe

Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht, ihre Eltern und gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	47,82	51,41	57,23	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Kinder in Einrichtungen unter 3 Jahre	Anz.	492	548	529	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen von 3 - 6 Jahre (Schulpflicht, inkl. Tagesstättenplätze)	Anz.	2.067	2.081	2.114	0	0	0
betreute Kinder in heilpädagogischen Einrichtungen	Anz.	59	60	60	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen mit gemeinsamer Erziehung	Anz.	41	70	89	0	0	0
betreute Kinder außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	Anz.	99	148	121	0	0	0
betreute Kinder in der Tagespflege	Anz.	90	100	100	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	€	761	572	583	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in der Tagespflege	€	3.458	4.213	4.173	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in Tageseinrichtungen	€	7.873	8.039	8.305	-	-	-
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge in den Tageseinrichtungen	%	13,4	11,8	9,9	-	-	-
Versorgungsquote unter 3 Jahre	%	23	30	33	-	-	-
Versorgungsquote 3 - 6 Jahre (bis zum Beginn der Schulpflicht)	%	90	93	98	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.701.539,13	7.746.473	9.686.390	9.668.690	9.643.890	9.618.890
+ Sonstige Transfererträge	2.260.623,59	1.735.221	481.600	622.800	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.302.456,63	2.250.000	1.936.000	1.936.000	1.936.000	1.936.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	0	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.684,41	42.100	45.150	45.150	45.150	45.150
= Ordentliche Erträge	11.305.903,76	11.773.794	12.150.140	12.273.640	11.626.040	11.601.040
- Personalaufwendungen	2.264.470,57	2.584.946	2.821.085	2.830.508	2.846.341	2.874.153
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	215.552,97	160.255	93.910	93.910	93.910	93.910
- Bilanzielle Abschreibungen	31.776,12	30.219	33.652	32.424	32.424	32.424
- Transferaufwendungen	18.475.438,81	19.955.963	20.184.067	20.359.990	19.648.150	19.648.150
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.829,31	50.350	51.200	51.200	51.200	46.100
= Ordentliche Aufwendungen	21.031.067,78	22.781.733	23.183.914	23.368.032	22.672.025	22.694.737
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.725.164,02	-11.007.939	-11.033.774	-11.094.392	-11.045.985	-11.093.697
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	468.033,99	470.454	503.324	508.116	513.527	518.856
= Ergebnis	-10.193.198,01	-11.478.393	-11.537.098	-11.602.508	-11.559.512	-11.612.553

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.754.849,67	7.739.827	9.679.390	0	9.661.690	9.636.890	9.611.890
+ Sonstige Transfereinzahlungen	3.036.781,28	1.735.221	481.600	0	622.800	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.231.933,36	2.250.000	1.936.000	0	1.936.000	1.936.000	1.936.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	39.481,23	42.100	45.150	0	45.150	45.150	45.150
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.063.645,54	11.768.148	12.143.140	0	12.266.640	11.619.040	11.594.040
- Personalauszahlungen	2.236.353,66	2.563.691	2.809.334	0	2.828.271	2.844.081	2.871.870
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	222.150,32	160.255	93.260	0	93.260	93.260	93.260
- Transferauszahlungen	18.803.624,37	19.988.046	20.216.150	0	20.359.990	19.648.150	19.648.150
- Sonstige Auszahlungen	43.209,10	64.460	59.200	0	59.200	59.200	46.100
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.305.337,45	22.776.452	23.177.944	0	23.340.721	22.644.691	22.659.380
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.241.691,91	-11.008.304	-11.034.804	0	-11.074.081	-11.025.651	-11.065.340
= Saldo des Teilfinanzplanes	-9.241.691,91	-11.008.304	-11.034.804	0	-11.074.081	-11.025.651	-11.065.340
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	4.000,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.000,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	9.807,33	61.200	13.850	0	14.850	14.850	14.850

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.807,33	61.200	13.850	0	14.850	14.850	14.850
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.807,33	-61.200	-13.850	0	-14.850	-14.850	-14.850
= Saldo des Teilfinanzplanes	-9.247.499,24	-11.069.504	-11.048.654	0	-11.088.931	-11.040.501	-11.080.190

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	55,8	0,0	9,8	61,2	13,8	0,0	14,8	14,8	14,8
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-55,8	0,0	-5,8	-61,2	-13,8	0,0	-14,8	-14,8	-14,8
Saldo Investitionstätigkeit	-55,8	0,0	-5,8	-61,2	-13,8	0,0	-14,8	-14,8	-14,8

Erläuterungen

Die ordentlichen Erträge für das Jahr 2012 sind aufgrund der Landeszuweisungen zu den Betriebskosten und der Ausgleichszahlung zum letzten freien Kindergartenjahr höher als im Vorjahr. Die finanziellen Abwicklungen für den Ausbau der Betreuungsplätze unter 3 Jahren verringern sich weiter, außerdem sind die finanziellen Abwicklungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II in 2011 abgeschlossen (sonstige Transfererträge).

Die Berechnung der Elternbeiträge beruht auf der Prognose 2011 abzüglich der Ausfälle, die sich aus der Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ergeben (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte).

Die Steigerungen der Stellenanteile und Personalaufwendungen basieren insbesondere auf dem zusätzlichen Personalaufwand in den Tageseinrichtungen aufgrund des 1. KiBiz-Änderungsgesetzes und mehr Fachkräfte für integrative Erziehung und im Rahmen der Bundesinitiative "Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration".

Die Transferaufwendungen 2012 enthalten einmal die Reduzierungen der Ausgaben für den Ausbau der Betreuungsplätze unter 3 Jahren und andermal die Steigerungen der Zuschüsse für die Tageseinrichtungen und Tagespflege.

Der Ansatz für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens für Ausstattungsgegenstände in den städtischen Tageseinrichtungen ist mit rd. 14.000 Euro geplant.

Im Unterschied zur Kindergartenbedarfsplanung handelt es sich im Bereich der Leistungen um Kalenderjahreswerte.

In der Tagespflege ist geplant, die Plätze zu erhöhen; entsprechend steigen auch Anzahl der betreuten Kinder und der durchschnittliche Betriebsaufwand.

Die Anzahl der Spielgruppen und der dort betreuten Kinder ist weiter rückläufig.

Kurzbeschreibung

Ganzheitlicher Förderauftrag in einem Dreiklang von Erziehung, Bildung und Betreuung, Kooperation von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und außerschulischen Partnern, Durchführen vielfältiger Förderkurse, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote

Ziele

- Verknüpfen der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufträge von Schule und Kinder- und Jugendhilfe
- Ausbau der sozialen Kompetenzen der Grundschulkinder
- Zusammenbringen unterschiedlicher Professionen und Know-hows
- Stärken der Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Aufrechterhalten der Qualitätsstandards
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kein Ausgrenzen sozialschwacher Familien
- Berücksichtigung der besonderen Stellung der Träger der freien Jugendhilfe
- Zur Verfügung stellen von Plätzen für mindestens 35 % der Schulkinder im Primarbereich

Auftragsgrundlage

Erlass vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW vom 12.02.2003; Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder des Primarbereiches, ihre Eltern oder gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,17	1,18	1,26	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Kinder	Anz.	1.097	1.099	1.174	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	%	14,23	13,85	14,23	14,23	14,23	14,23
Zuschuss je Kind	€	1.954	2.102	2.095	-	-	-
Versorgungsquote	%	37	37	40	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	990.070,00	1.000.660	1.211.000	1.211.000	1.211.000	1.211.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	304.923,31	320.000	350.000	350.000	350.000	350.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	611,55	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	1.295.604,86	1.320.660	1.561.000	1.561.000	1.561.000	1.561.000
- Personalaufwendungen	62.708,76	63.468	65.884	66.183	67.208	67.881
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	23.000	50	50	50	50
- Bilanzielle Abschreibungen	314,00	247	258	258	258	258
- Transferaufwendungen	2.220.978,75	2.388.000	2.537.000	2.537.000	2.537.000	2.537.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	342,88	536	340	340	340	340
= Ordentliche Aufwendungen	2.284.344,39	2.475.251	2.603.532	2.603.831	2.604.856	2.605.529
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-988.739,53	-1.154.591	-1.042.532	-1.042.831	-1.043.856	-1.044.529

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	172.359,94	186.464	205.300	207.154	209.064	210.982
= Ergebnis	-1.161.099,47	-1.341.055	-1.247.832	-1.249.985	-1.252.920	-1.255.511

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	990.070,00	1.000.660	1.211.000	0	1.211.000	1.211.000	1.211.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	2.229,02	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	302.206,49	320.000	350.000	0	350.000	350.000	350.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	775,93	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.295.281,44	1.320.660	1.561.000	0	1.561.000	1.561.000	1.561.000
- Personalauszahlungen	62.708,76	63.468	65.515	0	65.810	66.831	67.500
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	23.000	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	2.198.822,05	2.388.000	2.537.000	0	2.537.000	2.537.000	2.537.000
- Sonstige Auszahlungen	342,88	536	340	0	340	340	340
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.261.873,69	2.475.004	2.602.855	0	2.603.150	2.604.171	2.604.840
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-966.592,25	-1.154.344	-1.041.855	0	-1.042.150	-1.043.171	-1.043.840
= Saldo des Teilfinanzplanes	-966.592,25	-1.154.344	-1.041.855	0	-1.042.150	-1.043.171	-1.043.840
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	450	0	450	450	450
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	450	0	450	450	450
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-450	0	-450	-450	-450
= Saldo des Teilfinanzplanes	-966.592,25	-1.154.744	-1.042.305	0	-1.042.600	-1.043.621	-1.044.290

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Zum Schuljahr 2011 / 2012 stehen planerisch durch den Rat beschlossen insgesamt 48 Gruppen mit 1.174 Betreuungsplätzen zur Verfügung.

Es wird in der Betreuung der Ganztagschulen eine Versorgungsquote von 40 % geplant.

Die Fördersätze des Landes haben sich ab Februar 2011 erhöht.

- bei Schülerinnen und Schülern in Grundschulen erhöht sich der Betrag von 820 Euro auf 935 Euro

- bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf in Grundschulen erhöht sich

der Betrag von 1.660 Euro auf 1.890 Euro

- bei Schülerinnen und Schülern in Förderschulen im Primarbereich erhöht sich der Betrag von

1.660 Euro auf 1.890 Euro

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung gesetzlicher und erzieherischer Aufgaben, Angebote von präventiven Maßnahmen, Koordinierung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit;

Freizeit- und Bildungsangebote innerhalb und außerhalb der jeweiligen Einrichtung, die unter Berücksichtigung der Sozialstruktur des Einzugsbereiches an den verschiedenen Interessen und Lebenslagen von jungen Menschen anknüpfen und ihre Entwicklung fördern

Ziele

- Junge Menschen sind informiert über gefährdende Einflüsse, Stoffe und Handlungen und können sich entsprechend schützen.
- Eltern und Multiplikatoren sind sensibilisiert für kinder- und jugendgefährdende Einflüsse.
- Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Detmold im Sinn des KJHG sind effizient koordiniert.
- Förderung von jungen Menschen in ihrer individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse
- Förderung der Partizipation
- Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen
- Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligung
- Nutzung von Synergieeffekten durch enge Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, vor allem Schulen

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz, besonders §§ 11, 14 KJHG, Jugendschutzgesetz (JuSchG) und andere Schutzvorschriften, Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene bis 27 Jahre, örtliche Vereine und Verbände, Schulklassen, Kindergärten, Eltern, neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, Multiplikatoren

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	8,30	8,33	9,60	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durch Projekte erreichte Kinder und Jugendliche von 6-17 Jahren im Jugendschutz	Anz.	1.551	950	950	-	-	-
Besucher im Style / Woche	Anz.	0	0	40	0	0	0
Besucherinnen im Style / Woche	Anz.	0	0	20	0	0	0
Angebote für Jungen	Anz.	-	-	5	-	-	-
Besucher im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	54	60	60	0	0	0
Besucherinnen im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	19	30	30	0	0	0
Teilnehmer an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	26	25	25	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	37	25	25	0	0	0
Besucher im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	76	60	60	0	0	0

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Besucherinnen im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	17	30	20	0	0	0
Teilnehmer an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	54	50	50	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	69	70	60	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Besucher/in in den Jugendzentren	€	66	62	68	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind und Jugendliche/r im Jugendschutz	€	95	127	127	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Jugendzentrum Detmold-West	%	26,1	33,3	33,3	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Domizil	%	18,0	33,3	25,0	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West	%	58,7	50,0	50,0	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Domizil	%	55,9	58,3	54,5	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	107.908,20	70.000	77.000	77.000	77.000	77.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.389,41	1.000	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.116,31	14.200	14.300	14.300	14.300	14.300
= Ordentliche Erträge	123.413,92	85.200	91.300	91.300	91.300	91.300
- Personalaufwendungen	412.748,63	428.342	450.419	454.923	459.474	464.069
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.702,69	4.880	5.850	5.850	5.850	5.850
- Bilanzielle Abschreibungen	7.381,00	7.518	7.655	6.530	6.440	6.530
- Transferaufwendungen	41.217,83	13.700	13.700	13.700	13.700	13.700
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	85.078,30	98.097	97.050	97.050	97.050	97.050
= Ordentliche Aufwendungen	554.128,45	552.537	574.674	578.053	582.514	587.199
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-430.714,53	-467.337	-483.374	-486.753	-491.214	-495.899
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	140.616,52	139.263	135.807	137.502	139.319	141.134
= Ergebnis	-571.331,05	-606.600	-619.181	-624.255	-630.533	-637.033

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	108.258,20	70.000	77.000	0	77.000	77.000	77.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	1.000	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	12.338,31	14.200	14.300	0	14.300	14.300	14.300
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	120.596,51	85.200	91.300	0	91.300	91.300	91.300
- Personalauszahlungen	399.325,57	406.265	430.523	0	434.828	439.178	443.570
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.355,56	4.880	5.650	0	5.650	5.650	5.650
- Transferauszahlungen	199.355,84	182.375	182.375	0	182.375	182.375	182.375
- Sonstige Auszahlungen	85.394,05	99.594	98.050	0	98.050	97.050	97.050

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	691.431,02	693.114	716.598	0	720.903	724.253	728.645
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-570.834,51	-607.914	-625.298	0	-629.603	-632.953	-637.345
= Saldo des Teilfinanzplanes	-570.834,51	-607.914	-625.298	0	-629.603	-632.953	-637.345
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.563,41	5.000	5.200	0	5.200	5.200	5.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.563,41	5.000	5.200	0	5.200	5.200	5.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.563,41	-5.000	-5.200	0	-5.200	-5.200	-5.200
= Saldo des Teilfinanzplanes	-572.397,92	-612.914	-630.498	0	-634.803	-638.153	-642.545

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	20,0	0,0	1,6	5,0	5,2	0,0	5,2	5,2	5,2
Saldo Investitionstätigkeit	-20,0	0,0	-1,6	-5,0	-5,2	0,0	-5,2	-5,2	-5,2

Erläuterungen

Grundlage der angemeldeten Zahlen bildet der im Sommer 2010 fortgeschriebene Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2010 - 2014. Darin wurden auch die Ansätze für die Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgestellten Handlungsbedarfe sowie für die Schaffung niederschwelliger Angebote neu festgelegt. Basierend auf den Erfahrungswerten der letzten Jahre stehen hierfür 25.000 Euro bzw. 10.000 Euro, insgesamt also 35.000 Euro, jährlich zur Verfügung.

Die Verbindlichkeiten aufgrund vertraglicher Verpflichtungen für Drogenberatung (56.225 Euro) und mobile Jugendarbeit (112.450 Euro) sind - wie in den Vorjahren - in den Transferauszahlungen im Teilfinanzplan dargestellt. Die Verträge mit der Drogenberatung für das Projekt "Streetwork" und mit dem Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Detmold für das Projekt "Mobile Jugendarbeit" enden zum 31.12.2011. Es wird davon ausgegangen, dass die Verträge fortgeführt werden.

Das Projekt "Jugendarbeit" läuft laut Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.03.2011 ab 01.09.2011 unbefristet weiter. Der Stellenanteil und Personalaufwand wurden für 2012 und Folgejahre entsprechend geplant. Außerdem wurden die Leistungen "Besucher / Besucherinnen im Style / Woche" und "Angebote für Jungen" ab dem Jahr 2012 aufgenommen.

Kurzbeschreibung

Finanzielle und fachliche Unterstützung von freien Trägern der Jugendarbeit, Vereinen, Verbänden, Gruppen und Initiativen bei der Durchführung von Angeboten für Kinder und Jugendliche, Vergabe von Einzelbeihilfen (Kinder- und Jugendfreizeiten) an einkommensschwache Kinder, Jugendliche und Familien

Ziele

- Förderung einer Angebotsvielfalt durch finanzielle Unterstützung unterschiedlicher Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen
- Förderung der Entwicklung des Familienlebens durch Ferienfreizeiten
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Örtlich tätige Träger der Jugendarbeit, Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen, Kinder, Jugendliche und deren Familien

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	0,60	0,62	0,59	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durch Bezuschussung erreichte Kinder und Jugendliche (überwiegend zwischen 1 Jahr und 18 Jahren)	Anz.	1.841	2.000	1.800	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Zuschuss pro Kind	€	25	23	27	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalaufwendungen	34.273,83	34.403	35.327	35.680	36.036	36.397
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	1.800	1.800	1.800	1.800
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Transferaufwendungen	158.980,12	153.341	155.941	155.941	155.941	155.941
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	150,66	586	2.490	2.490	2.490	2.490
= Ordentliche Aufwendungen	193.640,61	188.577	195.816	196.169	196.525	196.886
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.288,05	11.864	8.012	8.052	8.146	8.225
= Ergebnis	-203.928,66	-200.441	-203.828	-204.221	-204.671	-205.111

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	34.273,83	34.403	34.958	0	35.307	35.659	36.016

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	1.700	0	1.700	1.700	1.700
- Transferauszahlungen	157.680,12	153.341	155.941	0	155.941	155.941	155.941
- Sonstige Auszahlungen	150,66	586	2.490	0	2.490	2.490	2.490
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	192.104,61	188.330	195.089	0	195.438	195.790	196.147
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-192.104,61	-188.330	-195.089	0	-195.438	-195.790	-196.147
= Saldo des Teilfinanzplanes	-192.104,61	-188.330	-195.089	0	-195.438	-195.790	-196.147
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-500	0	-500	-500	-500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-192.104,61	-188.730	-195.589	0	-195.938	-196.290	-196.647

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Bei der Kalkulation der Transferaufwendungen wurde das Ergebnis 2010 und die Entwicklung im ersten Halbjahr 2011 zu Grunde gelegt.

Kurzbeschreibung

Beratung, Unterstützung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen, jungen Volljährigen und ihren Familien in sozialen, familiären und wirtschaftlichen Problemen, wie Trennung, Scheidung, Mißhandlung, Vernachlässigung, Mißbrauch, Obdachlosigkeit und in Notsituationen, Familien- und Jugendgerichtshilfe
 Planung, Vermittlung von und Entscheidung über Hilfen zur Erziehung, Betreuung im Rahmen von Heimunterbringung und sonstige betreute Wohnformen, Sicherstellen des notwendigen Lebensunterhaltes außerhalb des Elternhauses und Übernahme der Kosten für pädagogische Förderung
 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in der Ursprungsfamilie leben können, erhalten umfassende Betreuung.
 Vollzeitpflege und angemessene Hilfe in einer Pflegefamilie zur Sicherung ihres Anspruches auf Erziehung

Ziele

- Förderung des Erhaltes der familiären Zusammenhänge als Sozialisationsraum für junge Menschen durch Qualifikation und Unterstützung der Eltern
- Anstreben eine das Wohl des Kindes fördernde einvernehmlich geregelte Wahrnehmung der elterlichen Sorge
- Förderung einer bedürfnisorientierten Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige
- Entwicklung einer akzeptablen Lebensperspektive für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende zur Vermeidung erneuter Straffälligkeit; Hilfestellung bei Entscheidungsfindungen in gerichtlichen Verfahren
- Sicherstellen eine dem Wohl des Kindes förderliche Erziehung durch altersentsprechende familienersetzende oder ergänzende Hilfen
- Schaffen einer eindeutigen Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige durch Unterstützung bei der Aufarbeitung bisheriger schädigender / traumatischer Erlebnisse

Auftragsgrundlage

KJHG, BGB, JGG

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Mütter und Väter, gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	18,48	19,57	19,61	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in ambulanten Hilfen zur Erziehung	Anz.	209	199	228	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in teilstationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	37	35	36	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in stationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	122	125	123	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in Pflegefamilien	Anz.	110	110	116	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittliche Kosten je Kind in der ambulanten Hilfe im Jahr	€	6.146	5.130	6.200	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in Pflegefamilien im Jahr	€	12.002	13.509	12.000	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der teilstationären Hilfe im Jahr	€	19.496	21.554	19.500	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der stationären Hilfe im Jahr	€	45.575	48.649	47.100	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfererträge	948.203,84	947.500	1.093.500	1.093.500	1.093.500	1.093.500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	56.706,31	4.500	8.000	8.000	8.000	8.000
= Ordentliche Erträge	1.004.910,15	952.000	1.101.500	1.101.500	1.101.500	1.101.500
- Personalaufwendungen	1.006.575,48	1.195.374	1.213.151	1.211.206	1.223.315	1.235.549
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.565,66	3.500	1.600	1.600	1.600	1.600
- Bilanzielle Abschreibungen	2.190,51	1.698	1.720	1.720	1.720	1.720
- Transferaufwendungen	9.555.351,69	9.264.794	9.712.264	9.799.764	9.799.764	9.799.764
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.633,31	15.364	29.350	15.350	15.350	15.350
= Ordentliche Aufwendungen	10.586.316,65	10.480.730	10.958.085	11.029.640	11.041.749	11.053.983
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.581.406,50	-9.528.730	-9.856.585	-9.928.140	-9.940.249	-9.952.483
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	184.114,80	221.607	303.972	247.060	249.898	251.320
= Ergebnis	-9.765.521,30	-9.750.337	-10.160.557	-10.175.200	-10.190.147	-10.203.803

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	900,00	0	0	0	0	0	0
+ Sonstige Transfereinzahlungen	726.802,57	947.500	1.092.500	0	1.092.500	1.092.500	1.092.500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	58.385,46	4.500	8.000	0	8.000	8.000	8.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	786.088,03	952.000	1.100.500	0	1.100.500	1.100.500	1.100.500
- Personalauszahlungen	925.410,61	1.064.986	1.072.474	0	1.083.198	1.094.028	1.104.968
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	395,10	1.000	500	0	500	500	500
- Transferauszahlungen	9.685.210,27	9.652.294	10.629.764	0	10.629.764	10.629.764	10.529.764
- Sonstige Auszahlungen	20.782,11	16.164	29.350	0	15.350	15.350	15.350
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.631.798,09	10.734.444	11.732.088	0	11.728.812	11.739.642	11.650.582
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.845.710,06	-9.782.444	-10.631.588	0	-10.628.312	-10.639.142	-10.550.082
= Saldo des Teilfinanzplanes	-9.845.710,06	-9.782.444	-10.631.588	0	-10.628.312	-10.639.142	-10.550.082
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.953,53	3.300	1.900	0	1.900	1.900	1.900
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.953,53	3.300	1.900	0	1.900	1.900	1.900
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.953,53	-3.300	-1.900	0	-1.900	-1.900	-1.900
= Saldo des Teilfinanzplanes	-9.847.663,59	-9.785.744	-10.633.488	0	-10.630.212	-10.641.042	-10.551.982

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3,2	0,0	2,0	3,3	1,9	0,0	1,9	1,9	1,9
Saldo Investitionstätigkeit	-3,2	0,0	-2,0	-3,3	-1,9	0,0	-1,9	-1,9	-1,9

Erläuterungen

Die Planung der Hilfen für 2012 basiert auf den Hilfezahlen 2011 und deren Prognosen. Die Entwicklung der ambulanten Hilfen und der Hilfen in Vollzeitpflege machen es notwendig, die Planzahlen für das folgende Jahr anzuheben. Die teilstationären und stationären Hilfen liegen im Rahmen der Werte 2010 und 2011. Die Finanzen wurden entsprechend angepasst.

Die Differenz der Stellen und Personalaufwendungen 2010 und 2012 ergibt sich u.a. aus der Umsetzung des Personalkonzeptes Jugendamt unter Berücksichtigung des GPA-Berichtes.

Die Verbindlichkeit aufgrund vertraglicher Verpflichtung für den sozialpädagogischen Hort in der Villa am Hügel ist in den Transferauszahlungen geplant (Vertrag bis 31.07.2012).

Kurzbeschreibung

Pflege und Erziehung der Kinder (Mündel) in Nachbildung des Elternrechts als Wesen der Vormundschaften; Sicherung der öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche Minderjähriger und junger Volljähriger, Feststellung der Vaterschaft, Prozessvertretungen

Ziele

- Wahrnehmung der elterlichen Sorge und der gesetzlichen Vertretung des Kindes in persönlichem Kontakt zum Mündel
- Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen
- Werbung, Gewinnung und Beratung von ehrenamtlichen Vormündern
- Kinder sind informiert über ihre (abstammungsrechtliche) Herkunft durch Feststellung von Vaterschaften.
- Geltendmachen und Durchsetzen von Unterhaltsansprüchen
- ausreichende Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden, Aufzeigen von konkreten Lösungsmöglichkeiten

Auftragsgrundlage

SGB VIII, BGB, ZPO, Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, junge Volljährige, Mütter und Väter

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	3,15	4,53	4,84	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Kinder	Anz.	894	975	905	0	0	0
gesetzliche Amtsvormundschaften	Anz.	0	0	5	0	0	0
bestellte Amtsvormundschaften	Anz.	0	0	65	0	0	0
bestellte Amtspflegschaften	Anz.	0	0	20	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind, Jugendlichen, jungen Volljährigen in der Beistandschaft	€	-	-	248	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je bestellter Amtsvormundschaft und -pflugschaft	€	-	-	1.146	-	-	-

Teilergebnisplan	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
- Personalaufwendungen	162.478,91	287.252	277.383	280.155	282.956	285.786
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	436,02	0	600	600	600	600
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Transferaufwendungen	0,00	500	100	100	100	100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.266,48	1.356	4.590	790	790	790
= Ordentliche Aufwendungen	164.417,41	289.355	282.931	281.903	284.704	287.534

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.286,68	28.604	42.595	42.846	43.294	43.689
= Ergebnis	-181.704,09	-317.959	-325.526	-324.749	-327.998	-331.223

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	167.959,27	258.774	245.499	0	247.952	250.431	252.936
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	436,02	0	500	0	500	500	500
- Transferauszahlungen	0,00	500	100	0	100	100	100
- Sonstige Auszahlungen	1.266,48	1.356	4.590	0	790	790	790
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	169.661,77	260.630	250.689	0	249.342	251.821	254.326
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-169.661,77	-260.630	-250.689	0	-249.342	-251.821	-254.326
= Saldo des Teilfinanzplanes	-169.661,77	-260.630	-250.689	0	-249.342	-251.821	-254.326
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-500	0	-500	-500	-500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-169.661,77	-261.030	-251.189	0	-249.842	-252.321	-254.826

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die Vormundschaften und Pfllegschaften wurden in 2011 entsprechend der gesetzlichen Anforderungen neu organisiert. Hieraus resultiert im wesentlichen auch die Differenz der Stellen und Personalaufwendungen 2010 und 2012. In den Leistungsumfang wurden die gesetzlichen und die bestellten Amtsvormundschaften und die bestellten Amtspfllegschaften aufgenommen. Die Kennzahlen für den durchschnittlichen Betriebsaufwand werden nach Vormundschaften und Beistandschaften aufgeteilt.

Kurzbeschreibung

Unterhaltssicherung für Kinder alleinerziehender Elternteile

Ziele

Sicherstellen des Lebensunterhaltes von Kindern mittels Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen und Gewährung von Unterhaltsvorschussleistungen

Auftragsgrundlage

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	2,38	2,62	2,56	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Kinder	Anz.	647	700	700	0	0	0
Überprüfungen der Unterhaltspflichtigen	Anz.	434	600	500	-	-	-
Heranziehung Unterhaltspflichtiger zu laufenden Kostenbeiträgen	Anz.	233	250	250	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind	€	2.084	1.961	1.995	-	-	-
Anteil der Heranziehung Unterhaltspflichtiger an Gesamtfallzahl der Überprüfungen	%	53,7	41,7	50,0	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfererträge	178.181,72	170.000	195.000	195.000	195.000	195.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	524.619,33	518.504	532.038	532.038	532.038	532.038
= Ordentliche Erträge	702.801,05	688.504	727.038	727.038	727.038	727.038
- Personalaufwendungen	133.201,63	148.033	150.898	152.407	153.931	155.470
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.058,32	0	1.200	1.200	1.200	1.200
- Bilanzielle Abschreibungen	499,34	247	258	258	258	258
- Transferaufwendungen	1.174.318,57	1.181.005	1.219.339	1.219.339	1.219.339	1.219.339
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	321,67	1.056	2.520	320	320	320
= Ordentliche Aufwendungen	1.309.399,53	1.330.341	1.374.215	1.373.524	1.375.048	1.376.587
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-606.598,48	-641.837	-647.177	-646.486	-648.010	-649.549
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	38.731,48	46.571	26.251	26.363	26.627	26.849
= Ergebnis	-645.329,96	-688.408	-673.428	-672.849	-674.637	-676.398

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfereinzahlungen	124.097,57	160.000	185.000	0	185.000	195.000	195.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	515.064,91	518.504	532.038	0	532.038	532.038	532.038
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	639.162,48	678.504	717.038	0	717.038	727.038	727.038
- Personalauszahlungen	133.201,63	148.033	150.529	0	152.034	153.554	155.089
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.058,32	0	1.100	0	1.100	1.100	1.100
- Transferauszahlungen	1.181.584,99	1.181.005	1.219.339	0	1.219.339	1.219.339	1.219.339
- Sonstige Auszahlungen	321,67	1.056	2.520	0	320	320	320
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.316.166,61	1.330.094	1.373.488	0	1.372.793	1.374.313	1.375.848
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-677.004,13	-651.590	-656.450	0	-655.755	-647.275	-648.810
= Saldo des Teilfinanzplanes	-677.004,13	-651.590	-656.450	0	-655.755	-647.275	-648.810
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-500	0	-500	-500	-500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-677.004,13	-651.990	-656.950	0	-656.255	-647.775	-649.310

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Auf Grundlage der Entwicklung im Jahr 2011 ergeben sich für die Planung 2012 Anpassungen in den Finanzen.

Kurzbeschreibung

Schulpsychologische Arbeit vor Ort

Ziele

- Entwicklung einer Schule von einem Lernort zu einem Lebensort, in dem erzieherische Prozesse initiiert werden
- Einzelfallhilfe und sozialpädagogische Gruppenmaßnahmen in den Schulen

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss 1978 und 1989, schulpsychologische Hilfe als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge und -vorsorge

Zielgruppe

Schüler/innen einer Schulgemeinde, Lehrer/innen und Eltern

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	3,65	3,68	4,12	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Schüler/innen	Anz.	927	1.100	1.100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/in	€	239	206	229	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalaufwendungen	213.917,22	218.269	246.138	248.600	251.086	253.597
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	50	50	50	50
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	579,80	1.456	960	960	960	960
= Ordentliche Aufwendungen	214.733,02	219.972	247.406	249.868	252.354	254.865
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.935,82	6.625	6.107	6.146	6.193	6.239
= Ergebnis	-221.668,84	-226.597	-253.513	-256.014	-258.547	-261.104

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	211.820,65	218.269	245.769	0	248.227	250.709	253.216
- Sonstige Auszahlungen	531,75	1.456	960	0	960	960	960
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	212.352,40	219.725	246.729	0	249.187	251.669	254.176
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-212.352,40	-219.725	-246.729	0	-249.187	-251.669	-254.176
= Saldo des Teilfinanzplanes	-212.352,40	-219.725	-246.729	0	-249.187	-251.669	-254.176

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	450	0	450	450	450
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	450	0	450	450	450
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-450	0	-450	-450	-450
= Saldo des Teilfinanzplanes	-212.352,40	-220.125	-247.179	0	-249.637	-252.119	-254.626

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Aufgrund der Erwartungen für das Jahr 2012 wurden das Budget und die Leistungen angepasst. Der höhere Stellenanteil und die entsprechenden Personalaufwendungen ergeben sich aus dem Anspruch auf Vollzeitbeschäftigung einer Mitarbeiterin.

Planungsreport 2012

Fachbereich 2 Teilbudget Soziales

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Dienstleistungen des Teilbudgets Soziales im Fachbereich 2, Jugend und Soziales sind größtenteils Pflichtaufgaben, auf deren Erfüllung die Bürger/innen einen gesetzlichen Anspruch haben.

Bei den Planungen für das Jahr 2012 wird davon ausgegangen, dass hier 27 der insgesamt 150 Mitarbeiter/innen des Fachbereiches beschäftigt sind. 9 Mitarbeiter/innen arbeiten in Teilzeit, das entspricht einer Quote von rd. 33 %.

Die Leistungspalette ist in drei Produktgruppen mit insgesamt neun Produkten gegliedert. Ein Produkt ist in Leistungen unterteilt, die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Änderungen sind für das Wirtschaftsjahr 2012 nicht vorgesehen.

Die Arbeit des Bereiches Soziales tangiert mehrere strategische Handlungsfelder und knüpft dabei insbesondere an die Handlungsfelder Bildung, Familien und Integration an.

Daraus abgeleitet ist das Fachbereichsziel definiert:

Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.

Als bundesgesetzliche Neuerung, die Auswirkungen auf die Bürger/innen Detmolds hat, ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende bzw. seine Umsetzung in Lippe zu nennen. Die Anzahl der Optionskommunen (Kreise bzw. kreisfreie Städte) war angehoben worden. Dem Antrag des Kreises Lippe auf Zulassung zur Option wurde zwischenzeitlich stattgegeben und ab 01.01.2012 wird es zu einer entsprechenden Organisationsform und Neuausrichtung für die SGB II Leistungen kommen.

Die Umsetzung des Hartz IV Regelsatzurteils des Bundesverfassungsgerichtes erfolgte im März 2011 mit dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des II und XII Buches Sozialgesetzbuch. Wesentliche Elemente sind hier die Neuregelung der Regelbedarfe und das Bildungs- und Teilhabepaket, beides tangiert die im Sozialbereich der Stadt erbrachten Dienstleistungen in den Produkten „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“.

Im Bereich der Leistungsumfänge ist besonders zu erwähnen, dass in zwei Bereichen von einem Anstieg der Leistungsberechtigten ausgegangen wird: bei der Grundsicherung im Alter und bei den Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Während die erste Leistung im Rahmen der Delegation für den Kreis erbracht wird und keine direkten finanziellen Auswirkungen für das Budget hat, ist die zweite Leistung budgetrelevant.

Mit der Aufgabe der Unterkunft Stratenweg 37 - 45 in 2011 verändern sich die Beträge in den Ertrags- und Aufwandsarten des Produktes „Unterbringung in Notunterkünften“ entsprechend.

Im Produkt „Ausländerangelegenheiten“ wirkt sich die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) zum 01.09.2011 ebenfalls sowohl in den Ertrags- und den Aufwandsarten aus. Der eAT hat weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die bisherigen Arbeitsabläufe und damit auf die Arbeitsorganisation des Ausländeramtes und führt zu einem personellen Mehraufwand.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, inwieweit die Leistungspalette des Bereiches Soziales in 2012 und den Folgejahren über die oben skizzierten Änderungen hinaus durch Änderungen in der Bundes- und Landesgesetzgebung Umstrukturierungen unterliegt.

Die weiteren Entwicklungen müssen jedoch im Blick sein, um die Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot im Bereich Soziales abschätzen und berücksichtigen zu können.

II Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2010 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2010 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2010 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2010 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsvereinigungen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen Differenz zu 2011: + 17.000 Euro Zuweisungen der anteiligen Ausgleichsabgabe, Einnahmeteiligung der BSHG-Altfälle Gegenüber 2011 wird von einer Steigerung der Ausgleichsabgabe ausgegangen. Dies korrespondiert mit der Steigerung der begleitenden Hilfen (s. Transferaufwendungen).	85.000 Euro
Sonstige Transfererträge Differenz zu 2011: + 42.180 Euro Erstattungen des Landes nach dem FlüAG, Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz Dritter Gegenüber 2011 wird von höheren Erstattungen nach dem FlüAG ausgegangen.	167.800 Euro
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Differenz zu 2011: + 6.156 Euro Verwaltungsgebühren, Nutzungsentschädigungen Unterkünfte Durch Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels auf Grundlage gesetzlicher Vorschriften wird mit einem Gebührenanstieg im Produkt Ausländerangelegenheiten gerechnet.	216.541 Euro
Kostenerstattungen und Kostenumlagen Differenz zu 2011: - 2.400 Euro Erstattungen Land (Unterkünfte für Aussiedler/innen), Einnahmen aus Veranstaltungen der Seniorenwoche, Erstattungen der Kosten für die Rückführung von Ausländern Es werden sinkende Rückführungskosten kalkuliert (s. a. sonstige ordentliche Aufwendungen).	5.600 Euro

Sonstige ordentliche Erträge 100 Euro
Differenz zu 2011: - 100 Euro
Bußgelder

Ordentliche Erträge insgesamt 475.041 Euro
Differenz zu 2011: + 62.836 Euro

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen 1.456.348 Euro
Differenz zu 2011: + 40.156 Euro

Die Kalkulation der Personalaufwendungen ab 2012 orientiert sich an einheitlich festgelegten Eckpunkten (siehe Vorbericht zum Haushaltsplan 2012).
Die Steigerung der Personalaufwendungen gegenüber 2011 beinhaltet neben zentraler Vorgaben auch die Einrichtung einer ½ Stelle zur Bearbeitung des elektronischen Aufenthaltstitels im Produkt Ausländerangelegenheiten.
Im Vergleich Plan 2012 zum vorläufigen Rechnungsergebnis 2010 erhöht sich der Personalaufwand zusätzlich überwiegend durch vorübergehende Vakanzen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 96.050 Euro
Differenz zu 2011: - 46.985 Euro

Unterhaltung der Unterkünfte, Seniorenwoche und Veranstaltungen
Durch die Aufgabe der Objekte im Stratenweg im Sommer 2011 reduzieren sich die Unterhaltungskosten für die Folgejahre.

Bilanzielle Abschreibungen 11.699 Euro
Werteverzehr für Inventar und Geräte
Differenz zu 2011: + 304 Euro
Werteverzehr für Inventar und Geräte vor allem in den Unterkünften

Transferaufwendungen 1.042.494 Euro
Differenz zu 2011: + 271.358 Euro

Leistungen Asylbewerber/innen, städtische Mittel ASD, begleitende Hilfen nach dem SGB IX, Zuschüsse an Altenbegegnungsstätten, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen
Maßgeblich für den Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Leistungsberechtigten im Produkt 230.200 Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Steigerung der Beihilfen nach dem SGB IX (s. Transfererträge).

Sonstige ordentliche Aufwendungen 80.208 Euro
Differenz zu 2011: + 36.083 Euro

Sitzungsgelder, Fahrtkosten und Auslagen der Beiräte, Sachkosten für Projekte, Kosten für die Rückführung von Ausländern, Erstattungen an die Bundesdruckerei.
Gegenüber dem Vorjahr gibt es besonders im Produkt Ausländerangelegenheiten (elektrischer Aufenthaltstitel) Steigerungen.

Ordentliche Aufwendungen insgesamt 2.686.799 Euro
Differenz zu 2011: + 300.916 Euro

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen 335.187 Euro
Differenz zu 2011: - 56.564 Euro

Für einige Interne Leistungsbeziehungen haben sich die Verteilungsmodelle verändert, was sich beim Teilbudget Soziales positiv auswirkt.

Ergebnis

- 2.546.945 Euro

Differenz zu 2011: - 181.516 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen und einer Rückzahlungsverpflichtung ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Personalauszahlungen 1.344.525 Euro
Die Auszahlungen sind um 111.823 Euro geringer als die Personalaufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 94.500 Euro
Die Auszahlungen sind um 1.550 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.

Transferauszahlungen 1.220.869 Euro
Die Auszahlungen sind höher als die Aufwendungen, da die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen in Höhe von insgesamt 178.375 Euro nicht in den Transferaufwendungen enthalten sind (s. Produkte 230.300 Hilfen in außergewöhnlichen Situationen und 250.300 Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege).

Sonstige Auszahlungen 80.208 Euro
Die Auszahlungen sind auf gleicher Höhe wie die Aufwendungen geplant.

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 335.187 Euro und die bilanziellen Abschreibungen i. H. v. 11.699 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen im Verwaltungsbereich und in den städtischen Unterkünften sind für 2012 für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen und Geräten 10.950 Euro geplant.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	87.233,88	68.000	85.000	85.000	85.000	85.000
+ Sonstige Transfererträge	145.684,83	125.620	167.800	167.800	167.800	167.800
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	216.025,86	210.385	216.541	216.541	216.541	216.541
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.488,57	8.000	5.600	5.600	5.600	5.600
+ Sonstige ordentliche Erträge	2.930,00	200	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	463.363,14	412.205	475.041	475.041	475.041	475.041
- Personalaufwendungen	1.379.308,86	1.416.192	1.456.348	1.471.280	1.485.621	1.500.370
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	177.463,31	143.035	96.050	93.550	93.550	93.550
- Bilanzielle Abschreibungen	25.589,25	11.395	11.699	11.699	11.699	11.699
- Transferaufwendungen	906.680,69	771.136	1.042.494	1.111.301	1.166.269	1.195.869
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.625,52	44.125	80.208	80.208	80.208	80.208
= Ordentliche Aufwendungen	2.533.667,63	2.385.883	2.686.799	2.768.038	2.837.347	2.881.696
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.070.304,49	-1.973.678	-2.211.758	-2.292.997	-2.362.306	-2.406.655
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65.000,00	0	0	0	0	0
= Ordentliches Jahresergebnis	-2.135.304,49	-1.973.678	-2.211.758	-2.292.997	-2.362.306	-2.406.655
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	357.048,40	391.751	335.187	336.136	339.325	341.886
= Ergebnis	-2.492.352,89	-2.365.429	-2.546.945	-2.629.133	-2.701.631	-2.748.541

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	86.053,64	93.000	110.000	0	110.000	110.000	85.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	143.919,22	125.620	167.800	0	167.800	167.800	167.800
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	212.513,22	210.385	216.541	0	216.541	216.541	216.541
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.139,95	8.000	5.600	0	5.600	5.600	5.600
+ Sonstige Einzahlungen	80,00	200	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	445.706,03	437.205	500.041	0	500.041	500.041	475.041
- Personalauszahlungen	1.233.470,30	1.323.657	1.344.525	0	1.358.335	1.371.547	1.385.156
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	121.189,36	141.635	94.500	0	92.000	92.000	92.000
- Transferauszahlungen	1.005.736,76	949.011	1.220.869	0	1.220.869	1.220.869	1.195.869
- Sonstige Auszahlungen	45.991,73	329.125	80.208	0	80.208	80.208	80.208
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.406.388,15	2.743.428	2.740.102	0	2.751.412	2.764.624	2.753.233
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.960.682,12	-2.306.223	-2.240.061	0	-2.251.371	-2.264.583	-2.278.192
= Saldo des Teilfinanzplanes	-1.960.682,12	-2.306.223	-2.240.061	0	-2.251.371	-2.264.583	-2.278.192
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	2.850,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.850,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	969,52	10.800	10.950	0	10.950	10.950	10.950
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	969,52	10.800	10.950	0	10.950	10.950	10.950
= Saldo aus Investitionstätigkeit	1.880,48	-10.800	-10.950	0	-10.950	-10.950	-10.950
= Saldo des Teilfinanzplanes	-1.958.801,64	-2.317.023	-2.251.011	0	-2.262.321	-2.275.533	-2.289.142

Kurzbeschreibung

Laufende und einmalige Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII); Delegationssatzung des Kreises Lippe in der jeweils gültigen Fassung; Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Zivildienstgesetz (ZDG)

Zielgruppe

Alle Personen, die ihren Wohnsitz im Gebiet der Stadt Detmold haben und hilfebedürftig im Sinne des SGB XII sind; Wehrpflichtige, Zivildienstleistende, Wehrübende und ihre Familienangehörigen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	4,39	4,46	4,40	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, 3. Kapitel)	Fälle	81	85	85	0	0	0
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)	Fälle	465	460	510	0	0	0
Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)	Fälle	18	20	16	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand / Jahr je Fall Leistungen nach SGB XII und USG	€	563	590	521	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.402,42	18.000	15.000	15.000	15.000	15.000
= Ordentliche Erträge	16.402,42	18.000	15.000	15.000	15.000	15.000
- Personalaufwendungen	254.235,37	260.868	260.017	262.619	265.246	267.797
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.100	500	500	500	500
- Bilanzielle Abschreibungen	938,00	949	960	960	960	960
- Transferaufwendungen	75,80	80	80	80	80	80
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.587,58	2.036	3.250	3.250	3.250	3.250
= Ordentliche Aufwendungen	261.836,75	265.033	264.807	267.409	270.036	272.587
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-245.434,33	-247.033	-249.807	-252.409	-255.036	-257.587
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.294,21	70.390	54.884	54.546	55.118	55.421
= Ergebnis	-300.728,54	-317.423	-304.691	-306.955	-310.154	-313.008

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.412,42	18.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.412,42	18.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
- Personalauszahlungen	229.508,34	241.765	237.993	0	240.374	242.779	245.105
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	75,80	80	80	0	80	80	80
- Sonstige Auszahlungen	6.758,59	2.036	3.250	0	3.250	3.250	3.250
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	236.342,73	243.981	241.323	0	243.704	246.109	248.435
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-219.930,31	-225.981	-226.323	0	-228.704	-231.109	-233.435
= Saldo des Teilfinanzplanes	-219.930,31	-225.981	-226.323	0	-228.704	-231.109	-233.435
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	1.400	900	0	900	900	900
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	1.400	900	0	900	900	900
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-1.400	-900	0	-900	-900	-900
= Saldo des Teilfinanzplanes	-219.930,31	-227.381	-227.223	0	-229.604	-232.009	-234.335

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	1,4	0,9	0,0	0,9	0,9	0,9
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-1,4	-0,9	0,0	-0,9	-0,9	-0,9

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfangs wurden die Erfahrungen des Jahres 2010 und des 1. Halbjahres 2011 herangezogen.

Die Entwicklung der Zahl der Grundsicherungsempfänger in 2011 machen es notwendig, die Planzahlen für das Folgejahr anzuheben.

Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Unterhaltssicherungsgesetzes geht weiterhin zurück, die Auswirkungen aus dem Wegfall der Wehrpflicht sind abzuwarten.

Kurzbeschreibung

Gewährung bzw. Versagung laufender Leistungen, Krankenhilfe, Hilfen bei Geburt und Schwangerschaft und sonstiger Leistungen

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)

Zielgruppe

Alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich tatsächlich im Gebiet der Stadt Detmold aufhalten und leistungsberechtigt nach § 1 Abs. 1 AsylbLG sind

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,21	1,22	1,24	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
betreute Personen / Grundleistungen	Anz.	71	66	80	0	0	0
- Ausgaben	€	410.514	337.500	432.000	-	-	-
betreute Personen / Leistungen analog SGB XII	Anz.	46	54	60	0	0	0
- Ausgaben	€	306.543	311.040	468.000	-	-	-
Erstattungen des Landes	€	97.692	87.924	120.000	-	-	-
anrechnungsfähige Personen	Anz.	36	20	55	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreute Person	€	678	753	612	-	-	-
Verhältnis Erstattungen des Landes zu Leistungsgewährung	%	13,6	13,6	13,3	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfererträge	106.448,22	92.244	126.000	126.000	126.000	126.000
= Ordentliche Erträge	106.448,22	92.244	126.000	126.000	126.000	126.000
- Personalaufwendungen	62.652,13	68.407	74.872	75.621	76.377	77.141
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	414,72	4.000	550	550	550	550
- Bilanzielle Abschreibungen	442,00	453	464	464	464	464
- Transferaufwendungen	750.399,29	648.551	900.000	900.000	900.000	900.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	926,25	536	430	430	430	430
= Ordentliche Aufwendungen	814.834,39	721.947	976.316	977.065	977.821	978.585
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-708.386,17	-629.703	-850.316	-851.065	-851.821	-852.585
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.616,81	17.886	15.040	15.080	15.228	15.346
= Ergebnis	-725.002,98	-647.589	-865.356	-866.145	-867.049	-867.931

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfereinzahlungen	103.653,88	92.244	126.000	0	126.000	126.000	126.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	103.653,88	92.244	126.000	0	126.000	126.000	126.000
- Personalauszahlungen	47.277,22	65.854	71.684	0	72.401	73.125	73.856
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.016,67	4.000	500	0	500	500	500
- Transferauszahlungen	731.950,39	648.551	900.000	0	900.000	900.000	900.000
- Sonstige Auszahlungen	993,61	536	430	0	430	430	430
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	786.237,89	718.941	972.614	0	973.331	974.055	974.786
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-682.584,01	-626.697	-846.614	0	-847.331	-848.055	-848.786
= Saldo des Teilfinanzplanes	-682.584,01	-626.697	-846.614	0	-847.331	-848.055	-848.786
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	450	0	450	450	450
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	450	0	450	450	450
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-450	0	-450	-450	-450
= Saldo des Teilfinanzplanes	-682.584,01	-627.097	-847.064	0	-847.781	-848.505	-849.236

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die für das Haushaltsjahr 2012 geplanten Ansätze bei Ertrag und Transferaufwendungen beruhen auf den zum Stichtag 31.03.2011 ermittelten Personen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben. Diese Zahlen wurden unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung sowie der voraussichtlich in 2011 noch aufzunehmenden Asylbewerber/innen und der Abgänge für das Jahr 2012 hochgerechnet. Die Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) erfolgt weiterhin pauschal nach einem Zuweisungsschlüssel.

Die Entwicklung der Anzahl der betreuten Personen macht es notwendig, die Planzahlen für das Folgejahr anzuheben. Dies und die Tatsache, dass die Unterbringung von Analogleistungsempfängern in Privatunterkünften höhere Kosten verursacht, wirkt sich auf die Finanzen aus.

Kurzbeschreibung

Beratung und (immaterielle und materielle) Unterstützung von Familien oder Einzelpersonen bei der Überwindung sozialer Schwierigkeiten, der Bewältigung von Krisensituationen und Alltagsproblemen

Ziele

Stärkung der Selbsthilfe und des persönlichen Verantwortungsbewusstseins; Behebung akuter Notlagen durch finanzielle und immaterielle Hilfe

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss (städt. Mittel); Konzept Allgemeiner Sozialer Dienst (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 7.11.2001)

Zielgruppe

Alle Personen, die in der Stadt Detmold gemeldet sind und sich in einer Notsituation befinden

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,51	1,54	1,54	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Beihilfen	Anz.	3	4	3	-	-	-
- Ausgaben	€	2.298	4.000	4.000	-	-	-
Integration von Obdachlosen (Neuzugänge)	Anz.	20	25	25	-	-	-
Vorgänge, in denen eine Integration erfolgt ist	Anz.	16	23	23	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	16	21	21	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	-	2	2	-	-	-
Ausgaben	€	0	1.000	1.000	-	-	-
Vermeidung von Obdachlosigkeit (von Wohnungsverlust bedrohte Personen o. Haushalte)	Anz.	82	90	100	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Beihilfen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Allgemeine Beratung	Anz.	352	330	310	-	-	-
Problemlösung durch - Vermittlung an andere Institutionen	Anz.	44	40	50	-	-	-
- finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen (städtische Mittel)	Anz.	175	180	150	-	-	-
Vorgänge, in denen die Obdachlosigkeit vermieden werden konnte	Anz.	78	85	90	-	-	-
Ausgaben	€	37.775	43.000	43.000	-	-	-
Ablehnung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung (städtische Mittel)	Anz.	74	70	50	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	73	77	85	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	5	8	5	-	-	-
Ausgaben	€	3.414	6.000	6.000	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	2	4	2	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Ausgaben	€	1.116	2.000	2.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	229	271	251	-	-	-
Erfolgsquote Vermeidung von Obdachlosigkeit	%	95,1	94,4	90,0	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	€	683	750	1.200	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	%	32,7	33,3	33,3	-	-	-
Erfolgsquote Integration von Obdachlosen	%	80,0	92,0	92,0	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Integration von Obdachlosen)	€	-	500	500	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Integration von Obdachlosen)	%	-	50,0	50,0	-	-	-
durchschnittliche finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen	€	216	239	287	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfererträge	8.819,37	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
= Ordentliche Erträge	8.819,37	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
- Personalaufwendungen	83.942,25	100.553	97.091	98.061	99.041	100.031
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	50	50	50	50
- Bilanzielle Abschreibungen	7.004,29	437	448	448	448	448
- Transferaufwendungen	66.331,10	50.000	50.000	76.157	84.875	84.875
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	286,05	693	290	290	290	290
= Ordentliche Aufwendungen	157.563,69	151.683	147.879	175.006	184.704	185.694
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-148.744,32	-145.683	-141.879	-169.006	-178.704	-179.694
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.515,63	20.235	16.992	17.066	17.238	17.383
= Ergebnis	-168.259,95	-165.918	-158.871	-186.072	-195.942	-197.077

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfereinzahlungen	9.848,10	6.000	6.000	0	6.000	6.000	6.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.848,10	6.000	6.000	0	6.000	6.000	6.000
- Personalauszahlungen	81.294,30	98.852	94.658	0	95.604	96.560	97.525
- Transferauszahlungen	76.045,87	84.875	84.875	0	84.875	84.875	84.875
- Sonstige Auszahlungen	286,05	693	290	0	290	290	290
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	157.626,22	184.420	179.823	0	180.769	181.725	182.690
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-147.778,12	-178.420	-173.823	0	-174.769	-175.725	-176.690
= Saldo des Teilfinanzplanes	-147.778,12	-178.420	-173.823	0	-174.769	-175.725	-176.690
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	450	0	450	450	450
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	450	0	450	450	450
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-450	0	-450	-450	-450
= Saldo des Teilfinanzplanes	-147.778,12	-178.820	-174.273	0	-175.219	-176.175	-177.140

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit- gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Für die Planung des Leistungsumfanges wurde die Entwicklung im 1. Halbjahr 2011 zu Grunde gelegt. Im Großen und Ganzen ist sie vergleichbar mit den Vorjahren.

Die Ausgaben in dem Bereich Vermeidung von Obdachlosigkeit werden durch Verhandlungsspielräume bei den Vermietern und bei Lippe pro Arbeit verhältnismäßig gering bleiben.

Im Bereich "Integration von Obdachlosen" wird die Anzahl gleichbleibend erwartet. Die allgemeine Beratung und die damit verbundenen Geldleistungen werden weiter vor allem von Problemen in Verbindung mit der Energieversorgung gekennzeichnet sein.

Der Vertrag mit der Herberge zur Heimat läuft bis zum 31.03.2013; entsprechend ist er bis zu diesem Datum nur im Teilfinanzplan enthalten. In 2012 wird über die Weiterführung verhandelt.

Kurzbeschreibung

Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen (wirtschaftlich und sachlich), Bearbeitung inkl. Entscheidung und Zahlbarmachung von Miet- und Lastenzuschuss

Ziele

Finanzielle Sicherung angemessenen Wohnens; zügige Bearbeitung der vollständigen Anträge

Auftragsgrundlage

Wohngeldgesetz (WoGG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X

Zielgruppe

Alle Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum i. S. von § 3 WoGG im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	3,27	3,31	3,21	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	2.044	1.900	1.900	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Bewilligung	€	102	102	105	-	-	-
Verhältnis Bewilligungen zu Haushalten in Detmold (es werden 35.000 Haushalte zugrunde gelegt)	%	5,7	5,3	5,3	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige ordentliche Erträge	55,00	100	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	55,00	100	0	0	0	0
- Personalaufwendungen	173.198,70	161.016	166.062	168.088	169.400	171.094
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	100	100	100	100
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.455,96	1.096	1.800	1.800	1.800	1.800
= Ordentliche Aufwendungen	177.890,66	162.359	168.220	170.246	171.558	173.252
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-177.835,66	-162.259	-168.220	-170.246	-171.558	-173.252
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.665,28	33.023	35.722	35.836	36.247	36.574
= Ergebnis	-208.500,94	-195.282	-203.942	-206.082	-207.805	-209.826

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Einzahlungen	55,00	100	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	55,00	100	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	167.902,26	157.613	161.751	0	163.734	165.002	166.652
- Sonstige Auszahlungen	4.455,96	1.096	1.800	0	1.800	1.800	1.800
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	172.358,22	158.709	163.551	0	165.534	166.802	168.452
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-172.303,22	-158.609	-163.551	0	-165.534	-166.802	-168.452
= Saldo des Teilfinanzplanes	-172.303,22	-158.609	-163.551	0	-165.534	-166.802	-168.452
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-500	0	-500	-500	-500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-172.303,22	-159.009	-164.051	0	-166.034	-167.302	-168.952

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfanges wurden das Ergebnis 2010 und die Entwicklung des 1. Halbjahres 2011 herangezogen. Die Anzahl der Bewilligungen wird für 2012 wie in 2011 geplant.

Kurzbeschreibung

Schaffung, Verwaltung, Instandhaltung und Betrieb von Notunterkünften; Beratung und Hilfsangebote

Ziele

Versorgung der Zielgruppe mit Wohnraum; Förderung des eigenverantwortlichen und sozialverträglichen Zusammenlebens in den Übergangwohnheimen bzw. der Bewohner/innen und der Nachbarschaft, Integrationshilfen für Asylberechtigte

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Landesaufnahmegesetz, Satzungen der Stadt Detmold;

Konzept für die Arbeit der Kontaktstelle für Ausländer (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 13.02.1996)

Zielgruppe

von Obdachlosigkeit bedrohte Personen, Aussiedler/innen, Asylbewerber/innen, ausländische Flüchtlinge, Asylberechtigte

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	4,49	4,50	4,50	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
vorgehaltene Betten in Obdachlosenunterkünften	Anz.	54	54	54	0	0	0
untergebrachte Personen in Obdachlosenunterkünften	Anz.	23	25	27	0	0	0
vorgehaltene Betten in Übergangwohnheimen	Anz.	180	112	70	0	0	0
untergebrachte Personen in Übergangwohnheimen	Anz.	74	70	57	0	0	0
Beratungen von Asylberechtigten	Anz.	101	60	60	-	-	-
Beratungen von Asylbewerber/innen, ausländischen Flüchtlingen	Anz.	235	190	190	-	-	-
Projekte	Anz.	1	1	1	-	-	-
Teilnehmerzahl an Projekt	Anz.	14	9	8	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Obdachlosenunterkünfte	€	2.151	2.256	2.307	-	-	-
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Übergangwohnheime	€	2.134	3.109	4.024	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Beratung	€	299	453	457	-	-	-
Belegungsquote Obdachlosenunterkünfte	%	43,2	46,3	50,0	-	-	-
Belegungsquote Übergangwohnheime	%	41,3	62,7	81,4	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfererträge	30.417,24	27.376	35.800	35.800	35.800	35.800
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	193.528,06	185.385	176.541	176.541	176.541	176.541

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.464,90	4.000	1.600	1.600	1.600	1.600
= Ordentliche Erträge	226.410,20	216.761	213.941	213.941	213.941	213.941
- Personalaufwendungen	278.299,52	300.840	291.044	293.956	296.896	299.863
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	167.046,20	124.919	82.650	80.150	80.150	80.150
- Bilanzielle Abschreibungen	14.925,96	7.222	7.438	7.438	7.438	7.438
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.921,08	9.421	6.180	6.180	6.180	6.180
= Ordentliche Aufwendungen	466.192,76	442.402	387.312	387.724	390.664	393.631
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-239.782,56	-225.641	-173.371	-173.783	-176.723	-179.690
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65.000,00	0	0	0	0	0
= Ordentliches Jahresergebnis	-304.782,56	-225.641	-173.371	-173.783	-176.723	-179.690
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	139.839,80	142.765	134.758	135.561	136.489	137.395
= Ergebnis	-444.622,36	-368.406	-308.129	-309.344	-313.212	-317.085

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Sonstige Transfereinzahlungen	30.417,24	27.376	35.800	0	35.800	35.800	35.800
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	190.676,42	185.385	176.541	0	176.541	176.541	176.541
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.464,90	4.000	1.600	0	1.600	1.600	1.600
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	223.558,56	216.761	213.941	0	213.941	213.941	213.941
- Personalauszahlungen	272.119,27	296.870	284.734	0	287.580	290.456	293.359
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	106.391,31	124.919	82.500	0	80.000	80.000	80.000
- Sonstige Auszahlungen	5.900,47	294.421	6.180	0	6.180	6.180	6.180
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	384.411,05	716.210	373.414	0	373.760	376.636	379.539
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-160.852,49	-499.449	-159.473	0	-159.819	-162.695	-165.598
= Saldo des Teilfinanzplanes	-160.852,49	-499.449	-159.473	0	-159.819	-162.695	-165.598
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	969,52	6.200	6.350	0	6.350	6.350	6.350
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	969,52	6.200	6.350	0	6.350	6.350	6.350
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-969,52	-6.200	-6.350	0	-6.350	-6.350	-6.350
= Saldo des Teilfinanzplanes	-161.822,01	-505.649	-165.823	0	-166.169	-169.045	-171.948

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24,8	0,0	1,0	6,2	6,4	0,0	6,4	6,4	6,4
Saldo Investitionstätigkeit	-24,8	0,0	-1,0	-6,2	-6,4	0,0	-6,4	-6,4	-6,4

Erläuterungen

Obdachlosenunterkünfte:

Der Plan 2012 befindet sich auf Vorjahresniveau.

Übergangswohnheime für Asylbewerber und Aussiedler:

Im Jahr 2011 werden die Objekte Stratenweg 37-45 an die Eigentümer zurückgegeben. Die Kapazität für die Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern reduziert sich von 140 auf 70 Betten. Da die Zahl der untergebrachten Personen zurückgeht, werden in 2012 sowohl geringere Erträge als auch Aufwendungen für den Unterhaltung geplant.

Bei den Beratungen für Asylberechtigte wird von gleich bleibenden Zahlen wie im Vorjahr ausgegangen.

Trotz insgesamt eher zurückgehenden Personenzahlen in der städtischen Notunterkunft, werden Beratungszahlen wie in 2011 erwartet. Ob

und wie Projekte in der Notunterkunft durchgeführt werden können, ist von der Personengruppe abhängig.

Kurzbeschreibung

Unterstützung bei der richterlichen Entscheidungsfindung in Betreuungsverfahren, gesetzliche Vertretung von Betreuten, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuungspersonen sowie anderer Ratsuchender, Werbung ehrenamtlicher Betreuungspersonen, Auswahl von Berufsbetreuern, Feststellung des Tätigkeitsumfangs der Berufsbetreuer und ihrer Vergütung

Ziele

Sicherung einer interessengerechten gesetzlichen Vertretung der betroffenen Personen im Bedarfsfall

Auftragsgrundlage

Betreuungsgesetz (BtG), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Zielgruppe

Personen, die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung die eigenen Angelegenheiten nicht interessengerecht regeln können, und Betreuer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,76	1,77	2,14	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der geführten Betreuungen	Anz.	20	15	20	0	0	0
Gerichtshilfe	Anz.	190	220	220	-	-	-
andere Querschnittsaufgaben	Anz.	157	120	120	-	-	-
Beratungen in Betreuungsangelegenheiten und weiteren themennahmen sozialen Problemen	Anz.	182	150	150	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	288	271	310	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalaufwendungen	143.787,37	123.325	139.455	140.850	142.258	143.679
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	50	50	50	50
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	307,65	603	310	310	310	310
= Ordentliche Aufwendungen	144.331,02	124.175	140.073	141.468	142.876	144.297
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.804,36	12.645	12.081	12.177	12.326	12.461
= Ergebnis	-158.135,38	-136.820	-152.154	-153.645	-155.202	-156.758

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	83.784,09	98.660	115.317	0	116.470	117.634	118.809

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Sonstige Auszahlungen	307,65	603	310	0	310	310	310
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	84.091,74	99.263	115.627	0	116.780	117.944	119.119
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-84.091,74	-99.263	-115.627	0	-116.780	-117.944	-119.119
= Saldo des Teilfinanzplanes	-84.091,74	-99.263	-115.627	0	-116.780	-117.944	-119.119
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	450	0	450	450	450
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	450	0	450	450	450
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-450	0	-450	-450	-450
= Saldo des Teilfinanzplanes	-84.091,74	-99.663	-116.077	0	-117.230	-118.394	-119.569

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

In die Planung des Leistungsumfanges sind die Erfahrungen der Vorjahre und des 1. Halbjahrs 2011 eingeflossen. Die Anzahl der geführten Betreuungen wird für 2012 gegenüber 2011 mit einem leichten Anstieg geplant.

Der Stellenanteil für 2012 ist höher als in den Vorjahren, da die Stelle des in die Passivphase der Altersteilzeit eintretenden Kollegen in Vollzeit wiederbesetzt wird.

Kurzbeschreibung

Förderung und Erhalt von Behindertenarbeitsplätzen

Ziele

Integration von schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen im Arbeits- und Berufsleben; Ausgleich der behindertenbedingten Nachteile

Auftragsgrundlage

Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)

Zielgruppe

Arbeitgeber/innen und schwerbehinderte oder gleichgestellte Arbeitnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,01	1,03	1,04	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Präventions- und Kündigungsverfahren betreute Personen (begleitende Hilfen)	Anz.	22	30	30	–	–	–
	Anz.	57	80	70	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	962	691	764	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	70.831,46	50.000	70.000	70.000	70.000	70.000
= Ordentliche Erträge	70.831,46	50.000	70.000	70.000	70.000	70.000
- Personalaufwendungen	66.566,96	66.974	68.861	69.549	70.244	70.946
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	100	100	100	100
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Transferaufwendungen	66.375,70	50.000	70.000	70.000	70.000	70.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.682,69	1.688	1.678	1.678	1.678	1.678
= Ordentliche Aufwendungen	134.861,35	118.909	140.897	141.585	142.280	142.982
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-64.029,89	-68.909	-70.897	-71.585	-72.280	-72.982
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.940,87	8.473	7.094	7.124	7.208	7.277
= Ergebnis	-72.970,76	-77.382	-77.991	-78.709	-79.488	-80.259

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	69.498,22	75.000	95.000	0	95.000	95.000	70.000

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	69.498,22	75.000	95.000	0	95.000	95.000	70.000
- Personalauszahlungen	64.800,81	65.839	66.926	0	67.595	68.270	68.953
- Transferauszahlungen	69.471,26	75.000	95.000	0	95.000	95.000	70.000
- Sonstige Auszahlungen	2.017,99	1.688	1.678	0	1.678	1.678	1.678
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	136.290,06	142.527	163.604	0	164.273	164.948	140.631
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-66.791,84	-67.527	-68.604	0	-69.273	-69.948	-70.631
= Saldo des Teilfinanzplanes	-66.791,84	-67.527	-68.604	0	-69.273	-69.948	-70.631
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-500	0	-500	-500	-500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-66.791,84	-67.927	-69.104	0	-69.773	-70.448	-71.131

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die Erträge beinhalten die Mittel aus der Ausgleichsabgabe, die in gleicher Höhe in die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben (Hilfen nach SGB IX) fließen (s. Transferaufwendungen). Der Ansatz 2012 ist das Resultat aus den vergangenen Rechnungsergebnissen.

Für 2012 ist zu erwarten, dass sich die Tendenz der rückgängigen Zahlen bei den Zustimmungsverfahren weiter fortsetzt. Diese Tendenz betrifft alle Fachstellen, die alljährliche Sachbearbeiter-Tagung geht von einer 25%-Reduzierung aus.

Gegenüber dem Vorjahr werden die betreuten Personen (begleitende Hilfen) mit 70 geplant.

Kurzbeschreibung

Bezuschussung der Seniorenarbeit freier Träger; Koordination der Detmolder Seniorentage; finanzielle Förderung der im Rahmen der Wohlfahrtspflege tätigen Selbsthilfegruppen und Vereine; Gemeinwesenarbeit

Ziele

Förderung der aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, Förderung der Selbsthilfe, des Ehrenamtes und der sozialen Integration im Stadtgebiet, Sicherstellung der Verbraucherinformation und -beratung durch finanzielle Förderung

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Förderrichtlinien, vertragliche Vereinbarungen

Zielgruppe

Ältere Mitbürger/innen; Selbsthilfegruppen, Vereine, Verbände und Kirchen und damit Detmolder Bürger/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	0,65	0,67	0,68	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
geförderte Altenbegegnungsstätten	Anz.	24	24	24	–	–	–
geförderte Selbsthilfegruppen und Vereine	Anz.	27	27	27	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je geförderte Einrichtung / Jahr	€	1.237	1.232	1.143	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
= Ordentliche Erträge	0,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
- Personalaufwendungen	42.081,97	41.771	42.757	43.185	43.616	44.052
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.437,15	12.616	11.550	11.550	11.550	11.550
- Bilanzielle Abschreibungen	236,00	247	258	258	258	258
- Transferaufwendungen	23.498,80	22.505	22.414	65.064	111.314	140.914
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.795,65	13.706	12.810	12.810	12.810	12.810
= Ordentliche Aufwendungen	86.049,57	90.845	89.789	132.867	179.548	209.584
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-86.049,57	-88.845	-87.789	-130.867	-177.548	-207.584
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.750,44	20.645	15.340	15.496	15.708	15.906
= Ergebnis	-106.800,01	-109.490	-103.129	-146.363	-193.256	-223.490

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	143,00	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	143,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
- Personalauszahlungen	40.315,82	40.636	40.822	0	41.231	41.642	42.059
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.216,14	12.616	11.500	0	11.500	11.500	11.500
- Transferauszahlungen	128.193,44	140.505	140.914	0	140.914	140.914	140.914
- Sonstige Auszahlungen	12.273,95	13.706	12.810	0	12.810	12.810	12.810
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187.999,35	207.463	206.046	0	206.455	206.866	207.283
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-187.856,35	-205.463	-204.046	0	-204.455	-204.866	-205.283
= Saldo des Teilfinanzplanes	-187.856,35	-205.463	-204.046	0	-204.455	-204.866	-205.283
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	450	0	450	450	450
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400	450	0	450	450	450
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-450	0	-450	-450	-450
= Saldo des Teilfinanzplanes	-187.856,35	-205.863	-204.496	0	-204.905	-205.316	-205.733

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Grundlagen für die Förderung der Altenbegegnungsstätten, der Selbsthilfegruppen und Vereine sind die verschiedenen Richtlinien bzw. vertraglichen Vereinbarungen.

Die sich aus den Verträgen ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten sind während der Laufzeit nur im Teilfinanzplan enthalten.

Vertragliche Verbindungen bestehen mit der AWO Lippe e.V. / Förderung des Seniorenbegegnungszentrums Elisabethstraße bis 31.12.2013, der Verbraucherzentrale bis 31.12.2012, der Ev-ref. Kirchengemeinde Detmold West / Gemeinwesenarbeit Hiddeser Berg bis 30.06.2013 sowie dem Haus der Kirche Herberhausen bis 31.12.2014. Ab 2013 laufen verschiedene Verträge aus, die Kosten für die Weiterführung sind in der Planung berücksichtigt.

Kurzbeschreibung

Prüfung, Vorbereitung und Durchführung einer geordneten Einreise, eines geordneten Aufenthaltes und einer geordneten Ausreise sowie Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet

Auftragsgrundlage

Zuwanderungsgesetz (Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz-EU, Asylverfahrensgesetz etc. inkl. Vorläufige Anwendungshinweise (VAH), Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung und andere Spezialgesetze sowie Dienstanweisungen des Innenministers

Zielgruppe

Ausländische Staatsangehörige und ihre Bezugspersonen (Familienangehörige und Arbeitgeber)

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	5,07	5,15	5,68	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Entscheidung über den Aufenthaltsstatus und Einreiseanträge / Visa	Anz.	1.939	1.700	2.000	-	-	-
Gerichts- und Haftangelegenheiten	Anz.	141	120	120	-	-	-
Pass- und Passersatzpapier-Angelegenheiten	Anz.	331	350	400	-	-	-
Beratung und Entscheidung über Integrationskurs	Anz.	67	50	60	-	-	-
Ausländer/innen in Detmold	Anz.	4.521	4.400	4.450	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung in Detmold	%	6,2	6,0	6,1	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	138	168	160	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.497,80	25.000	40.000	40.000	40.000	40.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.023,67	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	2.875,00	100	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	34.396,47	27.100	42.100	42.100	42.100	42.100
- Personalaufwendungen	274.544,59	292.438	316.189	319.351	322.543	325.767
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.565,24	400	500	500	500	500
- Bilanzielle Abschreibungen	1.335,00	1.346	1.357	1.357	1.357	1.357
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.662,61	14.346	53.460	53.460	53.460	53.460
= Ordentliche Aufwendungen	290.107,44	308.530	371.506	374.668	377.860	381.084
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-255.710,97	-281.430	-329.406	-332.568	-335.760	-338.984

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	51.621,00	65.689	43.276	43.250	43.763	44.123
= Ergebnis	-307.331,97	-347.119	-372.682	-375.818	-379.523	-383.107

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.836,80	25.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	675,05	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige Einzahlungen	25,00	100	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.536,85	27.100	42.100	0	42.100	42.100	42.100
- Personalauszahlungen	246.468,19	257.568	270.640	0	273.346	276.079	278.838
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.565,24	0	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	12.997,46	14.346	53.460	0	53.460	53.460	53.460
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	261.030,89	271.914	324.100	0	326.806	329.539	332.298
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-238.494,04	-244.814	-282.000	0	-284.706	-287.439	-290.198
= Saldo des Teilfinanzplanes	-238.494,04	-244.814	-282.000	0	-284.706	-287.439	-290.198
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	2.850,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.850,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	800	900	0	900	900	900
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	800	900	0	900	900	900
= Saldo aus Investitionstätigkeit	2.850,00	-800	-900	0	-900	-900	-900
= Saldo des Teilfinanzplanes	-235.644,04	-245.614	-282.900	0	-285.606	-288.339	-291.098

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,8	0,9	0,0	0,9	0,9	0,9
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-1,6	0,0	2,8	-0,8	-0,9	0,0	-0,9	-0,9	-0,9
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	2,8	-0,8	-0,9	0,0	-0,9	-0,9	-0,9

Erläuterungen

Die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) zum 01.09.2011 aufgrund gesetzlicher Anforderungen hat Auswirkungen auf die Ertrags- und Aufwandsseite. Die von den Ausländern für die Erstellung der eATs zu entrichtenden durch Verordnung festgelegten Verwaltungsgebühren werden gegenüber der aktuellen Gebührenhöhe um jeweils 50 Euro steigen, wobei der Befreiungsstatbestand für Familienangehörige von Deutschen zudem entfallen wird. Es wird mit mehr öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten gerechnet.

Dem stehen auf der Aufwandsseite Erstattungen an die Bundesdruckerei gegenüber, die von z.Zt. 0,78 Euro pro Stück auf 30 Euro pro Stück steigen werden (s. sonstige ordentliche Aufwendungen). Da für die Bearbeitung der eATs zusätzliches Personal benötigt wird, steigen ab 2012 die Stellenanteile und Personalaufwendungen.

Die erwartete Zahl von ca. 2.000 Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus entspricht einem langjährigen Mittel. Gerichts- und Haftanlässigkeiten sind auf dem Niveau 2011 anzusetzen. Bei der Planzahl für die Pass- und Passersatzpapierangelegenheiten setzt sich der steigende Trend fort.

Sowohl die Integrationskursberatungen und -verpflichtungen als auch Ausländer/innen in Detmold werden für 2012 im Rahmen der Ansätze 2010 und 2011 geplant.